

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

225 (16.8.1921) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wesenspreis:
Karlstr. 18. In 50 St.
Karlstr. 18. In 50 St.
Karlstr. 18. In 50 St.

Redaktion:
Karlstr. 18. In 50 St.
Karlstr. 18. In 50 St.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Wesenspreis:
Karlstr. 18. In 50 St.
Karlstr. 18. In 50 St.

Redaktion: Herr v. Laer, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das feuilleton: Herrn. Weid; für die „Pyramide“ Karl Schö; für Inserate: Herr v. Laer. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Viktor Bauer, Berlin-Kantow, Poststraße 37. Telefon Zentrum 243. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 225. Dienstag, den 16. August 1921. Erstes Blatt.

Aus der deutschen Gegenliefe.

Chargeron, Unterleutnant, Führer der 1. marokkanischen Kompanie, ließ auf dem Gefechtsfeld Kriegsgefangene in Reih und Glied anziehen, feuerte mit der Pistole mitten in sie hinein und befahl Marokkanern, ebenso zu handeln. Er stellte eine ganze Gruppe Gefangener, darunter Sanitäter mit dem roten Kreuz, zusammen und ließ sie nieder. Einen Offizier der Feldartillerie, der sich erheben wollte, ließ er plötzlich ohne Grund mit dem Revolver in die Schläfe schießen. Untergebenen gab er Befehl, keine Gegenangriffe zu machen.

Charpentier, Förster beim Waldkommando Mosow (au Fort Barrois) geblieben, bedrohte Kriegsgefangene mit dem Revolver und schrie sie an. Die Gefangenen Deunnieg und Peter von dem Hof, Inf. Regl. Nr. 69, waren er unter Beschuss mit dem Revolver und Stielbüchsen, der französischen Fahne durch Wunden der Arme die Gefährdung zu erwirken.

Chauffant, Unterleutnant, Direktor des Eisenbahnbetriebs in Metz, mißhandelte die Kriegsgefangenen wiederholt mit der Reitpeitsche, um sie dadurch zur Arbeit anzutreiben.

Der Völkerverbund und Oberschlesien.

Von Dr. Hans Wehber.

Die Anrufung des Völkerverbundes durch den Obersten Rat in der ober-schlesischen Frage hat eine Lage geschaffen, die sowohl rechtlich wie politisch höchst bemerkenswert ist. Man erinnert sich sofort eines Gegenstückes zu dem augenblicklichen Vorgang aus der jüngsten Zeit. Als nämlich der Völkerverbund kürzlich auf Antrag Italiens mit dessen Streitigkeit gegenüber Griechenland und Serbien befaßt wurde, wurde auf Antrag der Gegner Italiens vom Völkerverbund beschloffen, sich nicht in den Streit einzumischen, weil der Oberste Rat sich bereits mit der Sache befaßt habe. Damals wurde es scharf kritisiert, daß sich der Rat des Völkerverbundes nicht als die höchste Instanz für alle Streitfragen betraugt und daneben einen Obersten Rat anerkennt. Nun wendet sich umgekehrt der Oberste Rat an den Rat des Völkerverbundes. Aber es ist hier der wesentliche Unterschied vorhanden, daß der Oberste Rat die Angelegenheit innerhalb seiner Zuständigkeit behält und den Rat des Völkerverbundes nur um ein Gutachten bittet. Diese Sonderheit erklärt sich ohne weiteres daraus, daß Art. 88 des Verfallener Friedensvertrages die Entscheidung über Oberschlesien durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte vorsieht und daß letztere nicht in der Lage sind, ohne Zustimmung aller Beteiligten, also Deutschlands und Polens, die Entscheidung dem Rat des Völkerverbundes zu überweisen. Das Polens sich damit einverstanden erklären würde, die Sache der endgültigen Entscheidung des Völkerverbundes zu übergeben, ist mindestens zweifelhaft, und auch bezüglich Deutschlands, das dem Völkerverbund nicht als Mitglied angehört, würde sich aus Art. 17 der Völkerverbundsakte eine besondere Rechtslage ergeben. Diesen Schwierigkeiten würde man nur begegnen können, wenn zwischen den Beteiligten, d. h. zwischen den alliierten Hauptmächten, Polen und dem Deutschen Reich, ein besonderes Abkommen geschlossen würde, durch das man die Sache dem Völkerverbund überweise.

Aber noch aus anderen Gründen haben offenbar die alliierten Hauptmächte davon abgesehen, die endgültige Entscheidung dem Völkerverbund zu überweisen. Einmal wollte man vielleicht aus Prestige-Gründen sich selbst der Entscheidung der Sache nicht entziehen, weiter dürfte für das Vorgehen des Obersten Rates die Erwägung sehr bedeutsam gewesen sein, daß die Organe des Völkerverbundes, abgesehen von den Schiedsgerichten, grundsätzlich gar keine endgültige Entscheidung bei Streitigkeiten abgeben, sondern nur einen sogenannten Bericht entwerfen, der lediglich dann bindend ist, wenn ihn beide Parteien annehmen. Die Organe des Völkerverbundes würden nicht als Schiedsgerichte, vielmehr müßte, wenn eine schiedsgerichtliche Entscheidung gewünscht würde, ein besonderes Schiedsgericht eingesetzt oder die Schaffung des schiedsgerichtlichen Internationalen Gerichtshofs abgemacht werden. Der Rat und die Bundesversammlung geben nach Art. 15 der Satzung nur Gutachten ab; und die einzige Folgerung aus einem solchen Gutachten besteht darin, daß nach einem einstimmigen vom Rate angenommenen Bericht keine Partei gegen denjenigen Gegner, der sich dem Bericht fügt, Krieg führen darf. Das hätte eine schwierige Lage geschaffen, da eine endgültige materielle Entscheidung auf diese Weise nur möglich gewesen wäre, wenn die Parteien sich mit dem Bericht einverstanden erklärt hätten. Aus allen diesen Gründen ist der Völkerverbund lediglich gebeten worden, ein Gutachten über diese Sache abzugeben, das zwar moralisch, nicht aber rechtlich für den Obersten Rat bindend sein soll. Die formelle Entscheidung trifft also nur der Oberste Rat auf Grund des Gutachtens des Völkerverbundes.

Was nun das Verfahren betrifft, so erscheint bedenklich, daß der Rat lediglich um seine Meinung gebeten worden ist, so daß sich die Verhandlungen nicht in Form eines Streites zwischen den Beteiligten abzuwickeln brauchen. Der Völkerverbund ist also grundsätzlich nicht verpflichtet, gemäß Art. 15 Abs. 2 der Völkerverbundsakte sich vorher von den Parteien, eine Darlegung des Streitfalles mit allen einschlägigen Tatsachen und Belegstücken mitteilen zu lassen, sondern er kann sein Gutachten auf das ihm von dem Obersten Rate überwiesene Material aufbauen. Zweifellos hat er aber das Recht, die Parteien zu hören. Dieses Recht wird in dem

Die Sanktionen.

Die von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:
Auch der letzte Tag der Pariser Konferenz, der vor allem der Sanktionenfrage gewidmet war, hat nach den ausführlichen Berichten den englisch-französischen Gegenseiten wieder hervortreten lassen. Lord Curzon hat die seit Monaten bekannte englische Auffassung wiederholt, wonach die Sanktionen durch die Annahme des Londoner Ultimatum jeden Schein eines Rechtes verloren haben und zwar nicht nur die wirtschaftlichen, sondern gerade auch die militärischen. Denn trotzdem die völkerrechtswidrige Besetzung der Ruhrgebiete aufrecht erhalten bleibt und nur die nicht minder willkürlichen Zollmaßnahmen unter bestimmten Voraussetzungen fallen gelassen werden, so hat offenbar Herr Briand hier durch seine Begründung mit der deutschen Zukunftsgeschichte — er hat mit erheblichem Zeigefinger auf ganze 4000 Mann des Generals Hüfer hingewiesen — und einen „unabhängigen Sturz“ des Kabinetts Wirth einen Sieg über Curzon errungen. Der englische Staatsmann hatte nach allgemeinem Willen Recht und nach klarem Menschenverstand gefordert: Deutschland hat die Voraussetzungen erfüllt, also müssen wir die Sanktionen aufheben. Briand dagegen weilt mit einem „war aber“ wie im Verfolgungswahn auf Zukunftsmöglichkeiten, um sich von seinen Verpflichtungen zu drücken. Auf diese Weise wird aber im politischen wie im geschäftlichen Leben dieser Vertragsabstufung unmöglich gemacht.

Curzon hat nachgegeben, vielleicht dies auch vor allem, weil er die Regierung des gegenüber dem französischen Nationalkongressführer Poincaré und Geschäftsimperialisten Loucheur immerhin noch gemäßigten Briand im Augenblick nicht weiter gefährden wollte. Die raffiniert man aber in Paris auf die innerpolitische englische Schwierigkeit spekuliert, lassen Berichte neutraler Blätter aus Paris erkennen. Danach verfolgt man in dortigen politischen Kreisen mit gespanntem Interesse die neue bedeutliche Wendung in den englisch-französischen Verhandlungen. Man hofft im Stillen, daß die Energie der englischen Staatsmänner gerade in dieser Woche durch die Vorbereitung auf die Sitzung des Völkerverbundes über Oberschlesien etwas abgemindert wird, während die französische Diplomatie eine außerordentliche Tätigkeit begonnen hat. Von Paris aus kommt natürlich auch die Anregung, die betreffende Völkerverbundskonferenz nicht in Genf, sondern in Paris abzuhalten. Wie man aus dem hiesigen Generalkonferenzariat des Bundes aber erfährt, dürfte der Versuch keinerlei Erfolg haben.

Briand und die Sanktionen.

Paris, 15. Aug. Es liegen nun die ausführlichen amtlichen Berichte über Verhandlungen zur Aufhebung der Sanktionen vor. Die militärischen Sanktionen werden in offenbarem Widerspruch zum klaren Recht aufrecht erhalten. In einer langen Rede verteidigte Briand die Notwendigkeit dieses Rechtsbruches. Er behauptet, das Recht zur Beibehaltung der militärischen Maßnahmen gehe aus den Abmachungen hervor, die kürzlich bei der Bestimmung des Londoner Ultimatum auch von England anerkannt worden seien. Den Ton legt Briand aber auf die Beibehaltung aus Machtgründen. Frankreich sei mit ihm der Meinung, daß man von den Deutschen einfach nichts bekommen könne, wenn man ihnen nicht bei jeder Gelegenheit zeige, wer Sieger und Besiegter sei. Das habe auch im Frühjahr eine sofortige gute Wirkung in Deutschland erzielt. In den letzten Tagen hätten die Deutschen andere Töne gegenüber der Entente angeschlagen, offenbar in der Meinung, der Zusammenhalt unter den Alliierten sei nicht mehr so stark wie im Frühjahr. Das Kabinetts Wirth sei in Gefahr von reaktionärer Seite gestürzt zu werden. Frankreich wolle jedoch die Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort nicht dauernd durchführen.

Es ist Briand schließlich gelungen, die Vertreter der anderen Mächte zu seiner Auffassung zu bekehren, so daß schließlich der französische Vorschlag auf Beibehaltung der militärischen Maßnahmen im Gegensatz zu dem anfänglichen Wunsch Englands nach sofortiger Aufhebung angenommen wurde.

Augenblicke zur Pflicht werden, wo dem Völkerverbund irgendwelche Fragen zweifelhaft erscheinen. Dann würde es also vor dem Rate zu demselben Verfahren kommen, wie z. B. kürzlich in der Mandfrage. Das würde aber zunächst voraussetzen, daß sowohl Polen wie das Deutsche Reich ihre Bereitwilligkeit erklären, sich an diesem Verfahren zu beteiligen. Geschieht dies, dann muß Polen gemäß Art. 4 Abs. 5 der Völkerverbundsakte zu dem Verfahren hinzugezogen werden, weil eine seine Interessen besonders berührende Frage auf der Tagesordnung des Völkerverbundes steht. Die Zugabe eines Nichtmitgliedstaates zu den Sitzungen

Die wirtschaftlichen Druckmittel sollen, wie bereits gemeldet, beseitigt werden; am 15. September soll die Zollbarriere zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet fallen, allerdings nicht ohne Bedingung. Die eine ist wie bekannt, Bahlung der ersten Goldmilliarde bis zum 31. August, die andere eine Bedingung zum alleinigen Vorteil Frankreichs: Die deutsche Regierung muß sich eine Einheitsüberwachungskommission in Koblenz gefallen lassen, ferner muß sie wahrscheinlich gestatten, daß die Warenmengen, die von französischen und leider auch von polnischen Lieferanten während der Zollsperrzeit aus dem Ausland in das Rheinland eingeführt werden, nach dem unbesetzten Gebiet ohne Hemmung abströmen können. Das ist jedenfalls unter den Uebergangsmassnahmen, wie sie offiziell in den Bedingungen genannt werden, zu verstehen.

Polen mit der Pariser Entscheidung unzufrieden.

W. Paris, 14. Aug. Nach einer Savasmeldung aus Warschau hat der Ministerpräsident in außerordentlicher Sitzung beschloffen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Verletzung der Lösung der ober-schlesischen Frage Polen einen nicht wieder gut zu machenden Schaden verursacht. Die Verweigerung des Problems an den Völkerverbund verlängere in unbilliger Weise den Zustand der Unruhe, in der sich gegenwärtig die ober-schlesische Bevölkerung befindet, denn sie verleihe die endgültige Entscheidung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Entscheidung in Oberschlesien.

W. Berlin, 15. Aug. Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist zur Stunde in Oberschlesien alles ruhig trotz des Gefühls der großen Enttäuschung, das die weitere Entschärfung der Entscheidung über Oberschlesien in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Bis zum 8. August war allerdings die Gefahr eines neuen polnischen Aufstandes sehr groß. Der für diesen Tag als Einleitung einer neuen Aktion geplante Generalkstreik weichte jedoch vor allem an der Kriegsmüdigkeit der polnischen Bevölkerung. Die Gefahr eines neuen Aufstandes liegt also weniger bei der Masse der polnischen gesunden Bevölkerung als vielmehr bei den dort amtierenden polnischen Aufsichtsbehörden, die angeblich Liquidationsarbeiten dienen sollen. In Wirklichkeit zielt aber ihre Tätigkeit dahin, durch lokale Zwischenfälle die deutsche Bevölkerung zu provozieren und sie zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Auf deutscher Seite hat man die Absichten der polnischen Aufsichtsbehörden durchschaut. Alle deutschen Stellen sind bemüht, die Bevölkerung zur Ruhe zu mahnen, damit derartige polnische Pläne zum Scheitern kommen. Zur Veranlassung der Bevölkerung wird auch beitragen, daß die deutsche Regierung von morgen ab die Erwerbslosenfürsorge in Oberschlesien in Kraft setzt. Die deutsche Regierung tut also alles, um in der Bevölkerung die Ruhe zu erhalten.

Ein Bericht der Reichsregierung über Oberschlesien.

Berlin, 15. Aug. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, werden der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen dem Auswärtigen Ausschuss einen ausführlichen Bericht über die gesamte außenpolitische Situation, besonders über den Stand der ober-schlesischen Frage, erstatten. Der Stand des Auswärtigen Ausschusses werden die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern voraussetzen, zu denen die Einladungen bereits ergangen sind. An eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates, die ober-schlesische Frage dem Völkerverbund zu unterbreiten, nicht gedacht.

Deutschland und der Völkerverbund.

W. London, 15. Aug. „Observer“ schreibt, solange Deutschland aus dem Völkerverbund ausgeschlossen sei, sei die politische Kraft des Bundes gleich null.

des Völkerverbundes ist dagegen in der Satzung selbst für solche Fragen, die dieses Nichtmitglied direkt betreffen, nicht zur Pflicht gemacht. Vielmehr hat darüber der Rat gemäß Art. 17 zu beschließen. Nach der richtigen Auslegung der Satzung muß aber, falls Polen an den Sitzungen des Rates teilnehmend (ohne Stimmrecht) teilnimmt, auch Deutschland zugezogen werden. Denn es würde den prozeduralen Grundregeln widersprechen, wenn die eine Partei an allen Beratungen innerhalb des Völkerverbundes teilnehmen dürfte, dagegen die andere Partei, in diesem Falle Deutschland, lediglich durch einen Anwalt ihre Rechte vor dem Völkerverbund vertreten dürfte. Erfassungswelt hat man bei der Regelung der Mandfrage durch den Völkerverbund Schweden darüber mit abstimmen lassen, ob Finland zu den Sitzungen des Rates zugezogen werden sollte, was einen Verstoß gegen den Geist der Satzung bedeutete. Die moralische Autorität des Völkerverbundes würde vollkommen erschüttert, wenn etwa infolge des Widerstandes Polens die prozeduralische Stellung Deutschlands in diesem Verfahren, obwohl die Entscheidung des Rates nur einen gutachtlichen Charakter tragen soll, schlechter wäre als diejenige Polens.

Der Völkerverbund soll grundsätzlich seinen Bericht innerhalb sechs Monaten erstatten. Aber bereits bei der Mandfrage ist dieser Zeitraum erheblich überschritten worden. Bei der ober-schlesischen Frage ist das Material allerdings so weit zusammengekauft, daß mit einer bedeutend früheren Entscheidung gerechnet werden kann. Der Völkerverbund hat auf jeden Fall die Möglichkeit, vor der Errichtung des Gutachtens eine Juristenkommission oder eine sonstige Instanz um ihre Meinung zu fragen. Wenn auch grundsätzlich für die Entscheidung des Völkerverbundes Stimmeneinheit vorgeschrieben ist, so kann doch diese Regel nicht unbedingt auch für Wünsche, Gutachten usw. gelten, und zwar um so weniger, als der Art. 15 der Völkerverbundsakte ausdrücklich unterscheidet, ob der Bericht einstimmig oder nicht einstimmig gefaßt worden ist. Es ist also sehr wohl denkbar, daß der Völkerverbund nur zu einem Mehrheitsbeschlusse gelangt, der dann allerdings nicht die gleiche moralische Autorität haben würde wie ein einstimmig abgegebener Gutachten. Da nach den Berichten nicht der Völkerverbund, sondern speziell der Völkerverbund nur seine Meinungsäußerung gebeten worden ist, so besteht nicht die Möglichkeit, daß die Vollversammlung des Völkerverbundes, die ja im September zusammentritt, das geforderte Gutachten an Stelle des Rates abgibt. Wohl aber hat die Bundesversammlung das Recht, im Hinblick auf den Tätigkeitsbericht des Rates die gesamte Streitfrage anzufassen. Das würde allerdings, falls der Oberste Rat dann seine Entscheidung auf Grund des Gutachtens des Völkerverbundes noch nicht gefaßt hat, mindestens einen moralischen Einfluß auf die endgültige Entscheidung des Falles ausüben können.

Es ist notwendig, sich beizeiten klar zu machen, daß dieses Gutachten und damit die endgültige Entscheidung für Deutschland nicht günstiger ausfallen kann, als bisher zu erwarten, das heißt zu befürchten war. Denn was ist denn dieser Völkerverbund, der nach Mitteilung seines gegenwärtigen Vorsitzenden, des japanischen Barons Ishii am 20. August zunächst einmal zusammenzutreten soll, um einen Berichterstatter zu ernennen? Dem Völkerverbund gehören neben den vier alliierten Hauptmächten England, Frankreich, Italien und Japan seit Dezember vorigen Jahres auch noch Belgien, Spanien, Brasilien und China an. In dieser Körperchaft, die über deutsches Land entscheiden soll, spielen dieselben Mächte die ausschlaggebende Rolle, die ihre Vertreter zum Obersten Rat stellen. Und die anderen? Man hat es ja jetzt in Paris gesehen, wie die nicht unmittelbar an der Entscheidung beteiligten Mächte anherst zurückhaltend waren, um weder England noch Frankreich zu verstimmen. Den Vertretern schwacher Staaten im Völkerverbund wird die Verantwortung und das Risiko einer bestimmten Stellungnahme natürlich noch größer erscheinen. Was hat der Völkerverbund bisher geleistet? Wir erinnern an die unerhörten Entscheidungen über Eupen-Malmédy auf Grund der Berichtserstattung des brasilianischen Mitgliedes, an die beleidigende Nichtachtung der deutschen Proteste, an die Preisgabe deutscher Rechte in Danzig, dessen militärischen Schutz der Völkerverbund Polen (!) übertragen hat, an dieses Land hierzu „besonders geeignet“ sei, an das völlige Versagen gegenüber der vertragswidrigen Verwaltung des Saargebietes, das ihm „zu treuen Händen“ anvertraut ist, an die Befandlung der deutschen Kolonien, gegen deren verleierte Annexion er nichts unternommen hat, und an manches andere. Also Verstandnis für Deutschland oder den erwiehen Willen, Deutschland Gerechtigkeit zu erwirken, werden wir bei der entscheidenden Mehrheit des Völkerverbundes vergeblich suchen. Allerdings handelt es sich bei der Entscheidung diesmal um etwas anderes. Der Völkerverbund soll nicht für Deutschland, sondern entweder für England oder für Frankreich votieren, oder — was wahrscheinlich ist — zwischen beiden eine vermittelnde Haltung einnehmen. Das unfaire deutsche Recht auf ganz Oberschlesien hat auch in dieser Körperchaft keine Aussicht auf Beachtung.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Pfetz und Rybnitz.

—er. Deutscher, 10. August.

Man schreibt uns:

Die Sachverständigen der drei entscheidenden Mächte England, Frankreich, Italien sind in ihrem Bericht vollständig einig darin, daß nach dem Versailler Vertrage die Abstimmungsgebiete zwischen Deutschland und Polen geteilt werden sollen. Man könne sich also nicht auf die Mehrheit im gesamten Gebiet berufen, um einer der beiden Parteien ganz Oberschlesien zuzusprechen. In diesem Urteil gibt der litig verfasste § 5 des Anhangs zu Artikel 88 des Friedensvertrages den Schein des Rechts. Alle Sachverständigen wollen also nur abgrenzen und verteilen, und erst bei dieser Zirkel- und Lineararbeit ist der englisch-französische Streit entstanden, ob das eigentliche Industriegebiet im engsten Sinne an Deutschland oder an Polen fallen solle. Frankreich arbeitet dabei mit Pfetz und Rybnitz, indem es behauptet, daß das Industriegebiet bei Einbeziehung dieser beiden Kreise unbedingt eine polnische Mehrheit aufweise. Und nun geht wieder das Ritzeln los. Nach welchen Kriterien richten sich die Herren? Entsprechend der im Versailler Vertrage vorgeschriebenen Abstimmung nach Gemeinden ist eine amtliche polnische und eine amtliche deutsche Karte herzustellen worden. Die polnische ist von dem Comité Polono-allemand herausgegeben, und zwar nach dem oft erprobten und im Kampf gegen Deutschland hundertfach bewährten Grundsatze: „Die Welt will betrogen sein.“ Die Karte (1:150 000) trägt die Aufschrift: „Pat communes“ und will damit die Welt glauben machen, daß sich das Ergebnis genau so vorzeichnet, wie der § 4 des Anhangs zum 88. Versailler Artikel es vorschreibt. Jeder Ort mit polnischer Mehrheit hat einen roten Punkt bekommen, und jeder mit deutscher Mehrheit ist durch einen schwarzen Punkt bezeichnet. Aber die Karte unterschlägt ganz und gar die Größe der Orte und die Zahl der in ihnen abgegebenen Stimmen. Und so etwas waage die polnische Abstimmungscommission dem Obersten Rat als Unterlage zu bieten. Die deutsche Karte dagegen ist ein Muster gewissenhafter, klarer, sachgemäßer Darstellung. Sie läßt jeden Ort mit dem Genot seiner Stimmen erscheinen, 10 Stimmen sind verzeichnet durch einen Punkt, je 100 durch ein kleines Quadrat von 2 Millimeter, je 50 durch ein Dreieck von 2 Millimeter, je 10 durch ein Viereck von 2 Millimeter. Und damit die Figuren der Orte, deren Flächengröße das Stimmengewicht eindrucksvoll in richtigem Verhältnis veranschaulicht, auch auf ihre Wichtigkeit gleich beim Betrachten der Karte geprüft werden können, sind in blau und rot auch noch die Stimmzahlen des Ortes selber daneben geschrieben. So sieht der Spiegel aus, in dem die deutsche Seite dem Obersten Rat die Wahrheit der Abstimmung zeigt. Nichts weiter ist nötig, als daß der Oberste Rat die Karten wirklich ecklich lese und sie verstehen wolle. Dann ist alles in Ordnung. — Nur wieder bezahlet Pfetz und Rybnitz ein Einwand zu machen. Bekanntlich wurden gerade in Pfetz und Rybnitz Tausende teils an der Abstimmung verhindert, teils durch Terror zur polnischen Stimmabgabe gezwungen. Aber auch die überzeugten polnischen Wähler hatten mit ihrem Votum nur die Vereinigung des ganzen Oberschlesiens mit Polen und Westpreußen im Auge, wie ihnen ja auch stets von der polnischen Abstimmungspropaganda eingeschärft wurde. Nur unter dieser Voraussetzung der Unteilbarkeit Oberschlesiens stimmten sie polnisch. Wie nun auch die Sachverständigen vor dem Obersten Rat ritzeln und zeichnen mögen, der polnische Anspruch Frankreichs auf Loslösung des Industriegebietes und Zuweisung an Polen beruht auf einer Fälschung der Abstimmungsstatistiken. Die französisch-polnische Taktik arbeitet nicht mit ehrlichen Zahlen und Linien, sondern mit Lug und Trug.

Zur Tagung des Völkervertrages.

t. Paris, 15. Aug. Ueber die Tagung des Völkervertrages stehen noch immer keine näheren Einzelheiten fest. Der Vertreter Japans als

Schottische Ballade.

Aus dem Englischen des Walter Scott. Zu des Dichters 150. Geburtsstage — 15. August 1921.

Es war ein englisches Fräulein fein,
(Die Sonne scheint schön auf Carlises Wall.)
Die wollt' einen schottischen Ritter frein,
Denn Liebe herrscht im Welteneall.

Die Sonn' ging auf; sie freuten sich,
(Sie schien so schön auf Carlises Wall.)
Doch trauernten, eh der Tag verblüht,
Ob Liebe auch ewig herrscht im All.

Ihr Vater gab Gold und Edelgestein,
(Wo die Sonne schön scheint auf Carlises Wall.)
Ihr Bruder gab nur eine Flasche Wein,
Aus Born, daß Liebe Herr im All.

Denn sie hatte Felder voll Korn und Alee,
(Wo die Sonne schön scheint auf Carlises Wall.)
Und er schwur ihr Tod eh' daß er sah,
Den Schotten als Herren über das All.

Sie hat' ihn kaum versucht den Kranz,
(Die Sonne scheint schön auf Carlises Wall.)
Als tot in Bräutigams Arm sie sank,
Denn Liebe war ewig Herr im All.

Er stieß ihrem Bruder ins Herz das Schwert,
(Wo die Sonne schön scheint auf Carlises Wall.)
So herb' ein jeder, der Liebe gekostet,
Daß Liebe sei immerdar Herr im All.

Das Kreuz nahm drauf der edle Held,
(Wo die Sonne schön scheint auf Carlises Wall.)
Und fiel in Palästina's Feld;
So Liebe war ewig Herr im All.

Ihr, deren Lieb' in Tren' besteht,
(Die Sonne scheint schön auf Carlises Wall.)
Sprecht für die Toten ein Gebet!
Denn Liebe soll herrschen im Welteneall.

Otto Michaeli.

Vorsitzender hat sich mit den Mitgliedern in Verbindung gesetzt. Es kann kein Beschluß gefaßt werden, bevor ihre Antworten eingegangen sind. Es ist jedoch unter den gegenwärtigen Umständen zweifelhaft, ob die Sitzung, die wie erst gedacht wurde, zwischen dem 20. und 25. August zusammenzutreten sollte, tatsächlich dann noch stattfinden wird. Auch über den Ort der Tagung ist noch immer nichts Genaues bekannt.

6. Paris, 15. Aug. (Sig. Drahtber.). Die Entente-Konferenz, die nach dem Gutachten des Völkervertrages zusammenzutreten und endgültige Entscheidung über Oberschlesien treffen soll, wird, wie wir hören, schon in der ersten Septemberwoche und zwar in London stattfinden. Auf dieser Konferenz sollen auch die übrigen Fragen — Leipziger Prozesse, Kontrollkommission, militärische Sanktionen — endgültig erledigt werden.

Merkwürdige Andeutungen.

Paris, 15. Aug. Italiens Vertreter im Obersten Rat, Bonomi, erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“, es wäre ein großer Irrtum, die Verweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkervertrag als eine Niederlage Frankreichs anzusehen. In dieser Frage gebe es weder Sieger noch Besiegte. Man dürfe nicht sagen, daß die Ansichten im Völkervertrag auf alle Fälle im britischen Sinne ausfallen werden. Die italienische Regierung werde ihrem Vertreter im Völkervertrag die größte Freiheit lassen.

Deutsch-amerikanischer Friedensvertrag.

t. New York, 15. Aug. Wie gemeldet wird, hat man mit der Abschaffung der Friedensverträge mit den Zentralmächten begonnen. Der Vertrag mit Deutschland beruht auf der Grundlage des Versailler Vertrages, mit den Resolutionen, die sich auf die Rechte Amerikas beziehen und die von den Senatoren Knox und Porter vorgeschlagen wurden.

Nach einer Ergänzung wird der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland dem Senat wahrscheinlich nicht vor Dezember unterbreitet werden.

England und Irland.

London, 15. Aug. Wie jetzt aus amtlichen Veröffentlichungen bekannt wird, hat die englische Regierung den irischen Freiheitskämpfern angeboten, Irland die gleiche Selbständigkeit in der Verwaltung zu verleihen, wie sie die britischen Ueberseegebiete haben. Irland soll völlige Selbständigkeit in Steuerwesen, in den Staatsfinanzen und in der Verteidigung im Innern des Landes haben. Das Anerkennen der Londoner Regierung ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britischen Truppen das Meer zu kontrollieren haben, und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte, des Krieges und der Pensionen beitragen müsse.

Der Führer der Iren, de Valera, erklärt in seiner Erwiderung vom 10. August, daß das Sinnfeinparlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könne. Die Antwort wiederholt, daß das irische Recht für sich selbst zu wählen, unantastbar sei. Irland sei gleich den kleinen Staaten Europas bereit, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage seines moralischen Rechts zu wahren. Lord George antwortete auf diese Erwiderung de Valeras am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könne ein Recht Irlands, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht anerkennen. Die geographische Lage mache Irland zu einem untrennbaren Teile des britischen Reiches. Lord George fordert de Valera von neuem auf, die Vorschläge der britischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Der Flug durch den Kometenschweif.

Während die Menschheit auf unserer Hemisphäre ahnungslos schlief, hat, wie schon kurz gemeldet, unser Planet eine höchst interessante Begegnung im Welteneall gehabt. Nach den Beobachtungen der Sternwarten auf dem Königstuhl bei Heidelberg ist in der Nacht vom 8. zum 9. August die Erde durch den Schweif eines Kometen gegangen, der sich in Gestalt einer Anzahl leuchtender Bänder in Form eines Kranzes von west-nordwest nach ost-südost zog. Die Bänder bewegten sich langsam in nordnordöstlicher Richtung und verflachten in der Morgendämmerung. Der Kopf des Kometen ist zwischen der Sonne und der Erde südwärts vorbeigezogen. Leider hat der in Mitteleuropa in der Nacht vom 8. zum 9. August meist bedeckte Himmel die Beobachtungen dieses einartigen Phänomens anscheinend fast überall vereitelt.

Ein ganz neuer Weltbummler ist es, den die Erde auf seiner Bahn gekreuzt hat, und dessen Erscheinen die Welt überhaupt erst 24 Stunden zuvor Kenntnis erhielt. Am Abend des 7. August wurde von den großen amerikanischen Sternwarten, und zwar vom Mount Wilson, dem Lick- und dem Santa Clara-Observatorium, gleichzeitig bei Sonnenuntergang südlich von der Sonne und zwar in ihrer unmittelbaren Nähe ein ungemein helles Gestirn beobachtet, dessen Lichtstärke größer als die der Venus war, und das man sofort als neuen Fixstern oder aber als einen der Beobachtung bisher entgangenen Kometen ansprach. Nach den auf dem Königstuhl erfolgten Wahrnehmungen kann jeder Zweifel über den Charakter der Erscheinung bereits als gehoben gelten: es war der Kern des Kometen, dessen Schweif die Erde in der darauffolgenden Nacht durchflog hat. Der Komet muß in diesen Tagen durch sein Perihelion gegangen sein; daß er sich bisher der Wahrnehmung der Astronomen ent-

Lothreduktion in England.

t. London, 15. Aug. In Liverpool wurde ein Uebereinkommen getroffen, wonach die Löhne der Hafenarbeiter, die kürzlich von 25 auf 30 Schilling erhöht worden waren, um die Hälfte herabgesetzt werden sollen.

Bulgarien ohne Arme.

Wien, 15. Aug. Die Meldungen über eine Regierungskrise in Sofia, die sich im „Matin“ bis zu dem Gerichte von einem Putsch zugunsten des früheren König Ferdinand verdrängten, werden in Wiener unterrichteten Kreisen als unzutreffend bezeichnet und mit der Frage der Abrüstung in Zusammenhang gebracht. Die Entente hat bekanntlich neuerdings gefordert, daß die bulgarische Armee bis zum 1. Oktober d. J. entlassen, beziehungsweise in ein höchstens 20 000 Mann starkes Soldatenheer nebst 10 000 Gendarmen und 3000 Mann Grenztruppe umgewandelt sein müsse. Alle Verträge der bulgarischen Regierung, Soldaten anzumerben, sind jedoch nahezu erfolglos geblieben. Auf den letzten allgemeinen Aufruf meldeten sich nur 121 Mann! Bulgarien wird also am 1. Oktober ohne Armee sein, sich also in einem Zustand befinden, der einen Putsch begünstigt.

Der Krieg in Kleinasien.

w. Paris, 15. Aug. Wie Paris aus Athen meldet, dementiert der Generalkommando die türkische Nachricht von einer neuen Schlacht jenseits von Eski Schehir. Er erklärt, daß dort lediglich einige Plänkelfeier stattgefunden hätten.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Redakteur von den Franzosen gefesselt abgeführt.

Düsseldorf, 14. Aug. Durch die Zeitungen ist bereits mitgeteilt worden, daß die französische Besatzungsbehörde in Düsseldorf am 9. August den Leiter der Wochenschrift „Ring der Volksgemeinschaft“, die schon vor einigen Wochen für drei Monate verboten wurde, ausgewiesen hat. Inzwischen ist bekannt geworden, wie die Franzosen gegenüber dem unbeliebten Mann verfahren sind. Sie haben ihn durch zwei Gendarmen aus seinem Arbeitszimmer herausgeholt und vor die zuständige Behörde führen lassen. Dort hat man ihm erst auf sehr energisches Drängen hin den schriftlichen Ausweisungsbefehl gezeigt. Die Ausweisung sollte erfolgen auf Grund seiner „politischen Gesinnung und Haltung“. Nach Erlebung von allerhand „Formalitäten“ hat man den Mann in Ketten gefesselt und dann durch die beiden Gendarmen zum Bahnhof und in den Zug bringen lassen. An der Grenze des besetzten Gebietes hat man die Fesseln gelöst und ihn seines Weges gehen lassen. Zu der unerhörten Tatsache, daß man den Mann wie einen Schwerverbrecher in Ketten fesselte, kommt das andere Unerhörte, daß ihm seine Witte, sich von seiner Frau und seinen Kindern verabschieden zu können, rundweg abgelehnt wurde.

Ein Kriegserichtsurteil gegen einen streikenden Buchdrucker.

Mün, 13. Aug. Das englische Kriegsgericht in Mün hat am 6. August einen streikenden Buchdrucker, den die englische Militärregierung „Cologne Post“ zum Setzen von Annoncen aufgefördert hatte, der aber die Arbeit verweigerte, mit 10 Tage Gefängnis verurteilt.

Ludwigshafen, 15. Aug. Die Bayerische Staatszeitung ist in der Pfalz wegen eines Artikels „Der Wirtschaftstod der Pfalz“ verboten worden.

Mainz, 15. Aug. Das Besatzungsgericht verurteilte einen Einwohner aus Gonsenheim zu 150 Mark Geldstrafe, als er gelegentlich eines Sängerfestes seine Fenster mit mehreren schwarz-weiß-roten Papierfahnen geschmückt hatte.

Wiesbaden, 15. Aug. Ein Hotelier in Langenschwalbach, der einigen französischen Besatzungs-

offizieren die Weinsteuern, von der die Besatzungsgruppen befreit sind, teilweise angerechnet hatte, geriet deswegen in den Verdacht des Betrugs und war vor einiger Zeit vom französischen Gericht zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsinstanz wurde dieses Urteil sogar auf 3000 Mk. Geldstrafe erhöht. Der Hotelier muß außerdem noch das gegen ihn verhängte Urteil 31 Tage lang in seinen Räumlichkeiten zum Ausbhang bringen.

Koblenz, 15. Aug. Wie der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, sind für das gesamte besetzte Gebiet im Laufe des Rechnungsjahrs 1921 rund 3000 Offiziere und 400 Unteroffizierswohnungen genehmigt worden. Im laufenden Jahr werden weitere Wohnungsbauten in großer Zahl angefordert werden.

Wachen, 15. Aug. Die 17jährige Tochter eines Landwirts in Mönshausen wurde Ende Juli von einem belgischen Soldaten auf freiem Felde nach vorausgegangenem verweigerndem Widerstande vergewaltigt. Der Fall wird erst jetzt bekannt, da der Vater die Angelegenheit nur der belgischen Behörde zur Anzeige gebracht hatte.

Die Unterhaltungskosten für einen Besatzungs-Soldaten.

Paris, 14. Aug. Dem „Temps“ soll die von der interalliierten Konferenz angenommene Grundziffer der täglichen Kosten für einen französischen Soldaten ungefähr 16 Franken sein. In dieser Grundziffer komme ein Zuschlag von 3 Goldmark für einen englischen Soldaten und von 8 Goldmark für einen amerikanischen Soldaten, wegen der Entfernung dieser beiden letzten Armeen von ihrem Heimatlande.

Aus Elsass-Lothringen.

Ein ausländischer Leser schreibt uns: Das Journal des Debats veröffentlicht ein Schreiben eines aus der äußersten Empörung über den auf seiner „Ritterfahrt“ in das zurückgegangene Elsass-Lothringen im früheren Deutschen Lager in Bitich, wo jetzt französisches Militär liegt, ein Schildwächterschreiben, das noch die deutschen Farben schwarz-weiß-rot trug. Erst hat er es aus der Ferne für eine Täuschung gehalten, dann aber zu seiner höchsten Empörung gemerkt, daß das Unmögliche Tatsache war! Schrecklich, nicht wahr, unvorstellbar, daß es bestehen kann, ohne daß der Himmel einstürzt! Aber schlimmer und zur Empörung weit mehr berechtigt dürfte wohl der in seiner darauf folgenden Bemerkung erwähnte Umstand sein, daß die Sauberkeit im Lager sehr zu wünschen übrig lasse und besonders die Bedürfnisanstalten in einem Zustande seien, der eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit der dort weilenden Soldaten bedeute. Vielleicht singen jetzt die Schildwächterschreier: „O alte deutsche Heimlichkeit, wohin bist du entkommen!“

Die Brände im Elsas.

Mühlhausen i. G., 15. Aug. Die Brände im Elsas dauern fort. So sind in den letzten Tagen neue schwere Waldbrände bei Wittelsheim ausgebrochen, die eine Fläche von über 50 Hektar zerstörten. Gleichzeitig war Linsdorf der Bahnlinie Lutzerath-Neidweiler ein umfangreicher Brand entzündet und während dieser Zeit hatte auch der Seinhheimer Wald Feuer gefangen. Dort sind Hunderte von Hektar Wald ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beziffert sich nach Millionen. Man nimmt an, daß die Brände auf Brandstiftung zurückzuführen sind. — Der Brand auf dem Parkmannswald bei Lutzerath wurde durch die fortgesetzten schweren Munitionsexplosionen besonders gefährlich. Bei den Löscharbeiten wurde durch eine solche Explosion ein Soldat des 148. Infanterie-Regiments getötet und 10 weitere Soldaten mehr oder weniger schwer verletzt.

nennung damals schon deshalb nicht zu denken, weil unsere Weltlinie mit der Achse des Schweifes zusammenfiel, dessen scheinbare Länge infolgedessen durch perspektivische Verkürzung auf Null reduziert war. Hätte man damals den von der Sonne übertrachten Kometenfoto wahrnehmen können, was natürlich völlig ausgeschlossen war, so wäre aus der Schweif nicht anders erschienen als eine den Kern umgebende Nebelhülle. Diesmal allerdings hat die Erde den Kometenschweif unter einem so großen Winkel gekreuzt, daß er sich deutlich vom nächsten Firmament abgehoben hat.

Kunst und Wissenschaft.

In Japan fand ein Wettbewerb der Nationalpoeten statt. 17 000 Dichter stritten um den vom Kaiser ausgeschriebenen Preis. Die Werke wurden anonym eingeschickt. Als man den Verfasser des mit dem ersten Preise ausgezeichneten, in japanischer Sprache verfassten Gedichtes erfuhr, stellte es sich heraus, daß es die in Tokio ansässige amerikanische Dichterin G. Burnett war. „Literar Echo“.

Die Villa Falconieri bei Frascati soll nach Zeitungsberichten von der italienischen Regierung konfiszieren werden. Das herrschaftliche Haus, um das Paul Heyse einen Novellenroman und Richard Volz einen Roman geschrieben hat, wurde vor Jahren durch G. Mendelssohn dem Kaiser Wilhelm II. geschenkt, der aus dem herrlichen Park mit seinem zauberhaften Park ein Künstlerheim schuf.

Universitätspersonalien. Dem Privatdozenten für neuere deutsche und skandinavische Literatur an der Heibelberger Universität Dr. Erwald Bondé ist der Titel außerordentlicher Professor verliehen worden. — Der Philologe Prof. Dr. Karl Meißner in Königsberg hat nach der ihm zugegangenen Berufung nach Marburg den Ruf nach Heidelberg angenommen.

zogen hat, ist eine Folge seiner Stellung in der Nähe des Zentralgestirns und auf der Tagseite des Himmels. Da im Augenblick eine Bahnberechnung naturgemäß noch nicht vorliegt, so lassen sich über die vermutliche weitere Sichtbarkeit des plötzlich aufgetauchten Haarkernes nähere Angaben noch nicht machen. Es ist aber anzunehmen, daß er sich ostwärts von der Sonne entfernt, und demgemäß müßte er bald am Abendhimmel aufstehen. Dabei fragt es sich, ob der Komet eine mehr nach Südosten oder Nordosten gerichtete Bahn verfolgt. Für den Fall, daß er auf die nördliche Hälfte der Himmelskugel gelangen sollte, würde seine Beobachtung zunächst schwierig sein, weil die helle Dämmerung unserer Sommerabende die Wahrnehmung zunächst erschweren müßte. Auf der südlichen Halbkugel dagegen, wo jetzt Winter, die Dämmerung kurz und die Nacht lang ist, wären die Sichtbarkeitsverhältnisse unso günstig. Das alles ist aber, wie gesagt, im Augenblick noch hypothetisch, und es müssen zunächst einige weitere Beobachtungen abgewartet werden, bis sich bestimmte Angaben über den weiteren Lauf des Kometen machen lassen. Jedenfalls werden nunmehr alle Sternwarten, die des Weltbummlers ansichtig werden, schleunigst die Bestimmung seiner Bahnelemente versuchen. So viel kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die Helligkeit des Kernes bald abnehmen wird, da diese am größten zur Zeit des Perihelions ist, und da sich der Komet nunmehr wieder mit zunächst sehr großer Geschwindigkeit von der Sonne entfernen wird.

Durchgänge der Erde durch Kometenschweife sind keineswegs selten. Noch nie ist es aber bisher gelungen, ein solches Phänomen zu beobachten. Als vor nunmehr 11 Jahren, in der Nacht vom 18. zum 19. Mai 1910, unser Erdball durch den Schweif des Kometen Halley geleitet ist, hat man zwar mit hochgeachteten Erwartungen, aber ohne jeden sichtbaren Erfolg, das kosmische Ereignis zu beobachten versucht. In Wirklichkeit war aber an eine optische Wahr-

Die selbständige Politik der Schweiz und das Deutsche Reich.

Der Völkerverbund ist mit dem Anspruch ausgestattet, den Völkern Frieden und Freiheit zu bringen. In Wahrheit hat er Kriege im Gefolge gehabt und die Freiheit der Nationen teils zerstört, teils geraubt. Wenn sich heute eine Bewegung für Freiheit geltend macht, so ist sie nicht grobenteils, vielleicht sogar gröbenteils gegen den Völkerverbund. Diese Beobachtung haben wir auch bei einem Land, von dem man seinen früheren offiziellen Äußerungen annehmen sollte, daß es einer Einigung wie dem Völkerverbund geneigt sei; es ist dies die Schweiz. Nach Mehrheitsbeschlüssen ist die Schweiz zwar dem Völkerverbund beigetreten. Aber eine sehr leise und überzeugungslose Minderheit lehnte sich ihm ab, und eben diese Minderheit kämpft noch weiter gegen den Völkerverbund, denn sie steht in diesem Kampf den Bahnbrecher für Freiheit und Selbständigkeit.

Dieser neue Kampf der Schweizer für ihre Selbständigkeit muß uns Reichsdeutsche in hohem Maße interessieren. Wenn wir uns oft über die Schweizer zu beklagen gehabt haben, so war es nie zu große Nachgiebigkeit gegenüber andern Nationen. Wie haben wir verlangt, daß sie unsere Politik treiben sollten. Wir bedauerten nur, daß sie ihre Sympathien andern, zumal uns, zuwenden, Staaten zuwandten und nicht eine selbständige, selbständige schweizerische Politik vertraten. Wenn aber jetzt eine große Bewegung für die Schweiz Selbständigkeitspolitik einleitet, so können wir dies nur als lebhafteste Begrüßung betrachten. Der heutige Zustand der Schweiz kann nur beklagt werden, wenn sich mehr und mehr Staaten gegen den lähmenden Zwang des Völkerverbundes auflehnen.

Die neue Schweizer Bewegung hat sich ein eigenes Organ in den „Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur“, herausgegeben von Dr. Dehler, geschaffen, das, schon aus den angegebenen Gründen, die Aufmerksamkeit der Reichsdeutschen auf sich zu ziehen verdient. Hier wird ein scharfer Kampf gegen den Völkerverbund geführt und historisch und politisch dargelegt, welche Gefahren der Schweiz insbesondere von dem Völkerverbund drohen. Wir nehmen es den Schweizern durchaus nicht übel, wenn sie in diesem Zusammenhang auch ein kritisches Wort über die Politik unserer Reichsregierung sagen. Es ist ja ja hier durchaus berechtigt, wenn Dr. Dehler es wagt, daß sie sich durch ihren Vertreter in der Schweiz zugunsten ihres Beitritts zum Völkerverbund einmischen und wir können es keineswegs ablehnen, wenn er ironisch hinzusetzt: „Wäre nicht die deutsche Reichsregierung sich dadurch als Feinde „gnädiger zu stimmen“. Denn die Ansicht, die diese Schweizer an der Politik der Reichsregierung haben, beruht ja nur auf dem Wunsch, daß Deutschland nun auch selbst mit leitenden Organen der Jahre der Selbständigkeit folgen möchte. Vom Standpunkt der Schweiz gegen den Völkerverbund aus aber ist die Zeitschrift dann zu einer allgemeinen Kritik der Maßnahmen und Maßnahmen des Völkerverbundes über. So bringt sie im Juniheft einen Aufsatz „Aus dem Reich des Völkerverbundes“, in welchem die skandalösen Zustände im Grenzgebiet, dem direkt unter dem Völkerverbund stehenden Territorium, geschildert werden. Wenn die Schweiz eine wirkliche Selbständigkeitspolitik treibt, so wird sie sich auch des Besitzes der Kultur erheben, die sie mit Deutschland gemeinsam hat, aber benutzt werden. Auch diese Tatsache tritt in der neuen Zeitschrift greifbar in die Erscheinung.

Wir erwähnen hier nur einen Aufsatz von Prof. Hermann Kopp im Juliheft, „Das oberrheinische Aemmenentum“, in dem der in der Schweiz, im Elsaß und im Deutschen Reich vertretene Aemmenentum in seinen gemeinsamen Zügen und in seinen verschiedenen historischen Schicksalen geschildert wird. Hier, so nimmt die Zeitschrift auch in anderen ausgezeichneten Artikeln der Zeitschrift eingehendes Interesse. Prof. Kopp hofft, daß das elsaßische Aemmenentum sich gegen die von Frankreich angewandte Gewalt und Zitt behaupten wird.

Aus dem Inhalt des letzten Heftes der „Monatshefte“ erwähnen wir noch die Aufsätze: „Die heutige militärpolitische Lage der Schweiz“, von Oberstleutnant Dr. Sorensen, „Die Gefahr des italienischen Irredentismus“, „Aus Irlands Leidensgeschichte“, „Von der deutschen Schrift“, ein prächtiger Protest gegen die Abschaffung unserer heimischen deutschen Schrift; „Ein rheinisches Stimmungsstück“, gegen die rasch materialistische Gewaltpolitik Frankreichs in den benachbarten Rheinländern; „Deutscher Krieg“ über Oberhessen als untreue Bundesgenossen des großen deutschen Wirtschaftskörpers. Aus den früheren Heften haben wir namentlich die Aufsätze des Baseler Geschichtsprofessors Hermann Wächtel hervor, in denen mit wissenschaftlich geschultem scharfem Blick die neuesten Wege der Weltpolitik skizziert werden. Wächtel liefert auch inhaltreiche Besprechungen deutscher Demotexte, z. B. der Gedächtnisreden, mit einer Beurteilung, der wir vollkomme zustimmen.

Wir rufen in Deutschland nach einer gründlichen Überlegung der Lage von der deutschen Kriegskunst und wünschen namentlich, daß die Besende im Ausland überlegt werde. Die deutsche Politik leistet uns die Schweizer Zeitschrift, ohne daß wir etwas dazu zu tun brauchen. Diesen Dienst leisten uns die Schweizer, weil sie den Standpunkt einer selbständigen Selbständigkeitspolitik der Schweiz einnehmen und sich nicht durch die Präzedenzen des Völkerverbundes gefangen nehmen lassen.

Zum Schluß weisen wir noch auf eine kleine Schrift des Herausgebers der Zeitschrift, Dr. Dehler, „Das Ergebnis von Genf“, Verlag von Otto Walter in Offen, hin, welche eine temperamentsvolle und eindringende Kritik der Völkerverbundspolitik bringt.

Prof. G. v. Below.

Verlag der Gewerkschaft zur Herausgabe der „Schweizerischen Monatshefte“, Basel, Weilandplatz 3. Ueber die Bestimmung für Deutschland ist der Verlag direkt Auskunft.

Deutsches Reich.

Besprechungen des Kanzlers mit Dr. Stresemann.

W. Berlin, 15. Aug. Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hatte heute vormittag mit dem Reichskanzler eine eingehende Besprechung über die Gesamtlage, sowie über die zur Erledigung stehenden Einzelfragen. Besonders Oberbefehl war Gegenstand der Besprechung. Ein Zeitpunkt für die Einberufung des Ausschusses wurde in der Besprechung noch nicht angesetzt.

Botschafter Dr. Mayer.

Berlin, 15. Aug. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, ist die augenblickliche Abwesenheit des deutschen Botschafters Dr. Mayer von Paris darauf zurückzuführen, daß er vor einiger Zeit eine schwere Augenentzündung durchgemacht und genötigt war, einen Erholungsurlaub anzutreten.

Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte beendet.

W. Berlin, 15. Aug. Der Reichsminister der Justiz hat das Ausnahmegericht in Halle a. S. zum 15. August aufgehoben. Damit ist die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. März 1921 eingesetzt worden waren, ganz beendet. Die übrigen außerordentlichen Gerichte sind schon früher aufgehoben worden.

Umfangreicher Wucher mit Lebensmitteln in Bayern.

München, 15. Aug. Das Justizministerium, das Landwirtschafts- und das Handelsministerium und das Ministerium des Innern haben eine gemeinsame Bekanntmachung erlassen, die sich gegen die fälschliche, gewinnlose Preissteigerung wendet. In der Bekanntmachung werden die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung der Preissteigerung mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck anzuwenden.

Die bayerische Landeswucherabwehrstelle nahm bei dem Eierhändler Josef Lum in Wasserburg eine Kontrolle vor und beschlagnahmte dabei etwa 15 000 Eier, die er zu 60 Pfg. eingekauft und um 1,15 Mk. zum Verkauf angeboten hatte. Dem Eierhändler wurden 3000 Eier, 3000 Mk. Geldstrafe und der Erlös aus 10 000 Eiern wurde eingezogen. Vom Landgericht Traunstein wurden fünf Händler wegen Preiswucher mit Butter und Eier zu Geldstrafen zwischen 3000 Mk. und 1000 Mk. und Gefängnis belegt.

Die Preissteigerung mit Getreide nimmt in der Gegend großen Umfang an. Hunderte von Händlern bereiten einzelne Bezirke, um Getreide anzukaufen und überbieten sich gegenseitig in ihrem Angebot. Es ist keine Seltenheit, daß ein einzelner Landwirt an einem Tage von fünf bis zehn Händlern angekauft wird.

Im Allgäu wurde festgestellt, daß der Wucher mit Milcherezeugnissen einen ganz gewaltigen Umfang angenommen hat. Von fetten der Käsehersteller und vom Großhandel werden für Käse Preise gefordert und bezahlt, die in keinem Einklang mit den Herstellungskosten der Milch stehen. Die Preissteigerungen betragen weit mehr als 100 Prozent gegenüber den Preisen im Juli. Die Landeswucherabwehrstelle hat über 200 Personen gefänglich, die diesen Wucher trieben und die nun bestraft werden.

Vom 1. Januar bis 31. Juli 1921 sind in Bayern auf Anzeige der Wucherabwehrstelle Strafen im Geld in Höhe von über 5,2 Millionen Mark erfolgt und übermäßige Gewinne in Höhe von 1,3 Millionen Mark eingezogen worden.

Deutsche Kinder in der Schweiz.

Berlin, 15. Aug. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums sind wiederum 53 Kinder nach der Schweiz geschickt worden und wohlbehalten in Davos angekommen. Es handelt sich um Kriegswaisen, die mit privater Unterstützung in Deutschen Kriegerkürhären in Davos Aufnahme fanden.

Die Beamtenforderungen.

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände (Besoldungsgruppen 1-6) hat in der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 12. August einstimmig beschlossen, die Leitung des Deutschen Beamtenbundes dringend aufzufordern, bei der Durchführung der Bewilligung neuer Mittel für die Beamtenschaft an folgenden Grundsätzen unbedingt festzuhalten: 1. der zu zahlende Betrag muß für alle Besoldungsgruppen der gleiche sein; 2. die Diätäre und Pensionäre sind in gleicher Höhe zu bedenken, wie die Beamten; 3. die Auszahlung des bewilligten Betrages hat schnellstens zu erfolgen, da die Notlage der Beamten, Pensionäre und Diätäre keinen Aufschub duldet.

Eine Erklärung der deutschen Arbeitgeberverbände zu den neuen Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Auf Verlangen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Lohnforderungen infolge der Preissteigerung erwidert jetzt nach Mitteilungen der Berliner Blätter der große Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer Erklärung u. a.:

„Die deutsche Volkswirtschaft wird in Zukunft höhere Aufwendung für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.“

Die deutschen Gewerksvereine im Jahre 1920.

Mit Genehmigung berichtet der „Gewerksverein“ das Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) über den Jahresabschluss für 1920, der Hirsch-Dunker weist, wie er sich ähnlich noch nicht zu verzeichnen hatte. Gegenüber Ende 1919 mit 189 831 Verbandsangehörigen beträgt Ende 1920 die Zahl 225 998, das ist eine Zunahme von 36 167. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt insgesamt 22 365, die Zahl der Ortsvereine ist von 1728 um 141

auf 1869 gestiegen. Gegenüber rund 5 1/2 Millionen Mark im Jahre 1919 beliefen sich die Gesamteinnahmen im Jahre 1920 auf 12 510 481, das heißt fast 7 Millionen Mark mehr, eine Steigerung um mehr als das Doppelte.

Zannenbergsfeier.

W. Königsberg, 15. Aug. Die diesjährige Zannenbergsfeier fand hier unter Teilnahme von zehntausend Personen statt. Freiherr von Gumbel, der frühere Abteilungsleiter von Ostpreußen, forderte in einer Ansprache ein ungekürztes deutsches Oberhessen und General Lubendorff, dem am Abend vorher die Studenten einen Fackelzug gebracht hatten und der von der medizinischen Fakultät der Königsberger Universität zum Ehren doktor ernannt wurde, sprach als Vertreter Hindenburgs und als Mitkämpfer von Zannenbergs, indem er zur Einigkeit ermahnte und auf die Tugenden des alten Heeres hinwies.

Demokratentagung am Bodensee.

i Lindau, 15. Aug. Am Sonntag fand hier die Deutsch-Demokratische Bodenseetagung statt, zu der demokratische Parlamentarier aus Baden, Bayern und Württemberg zahlreich erschienen waren. Die Tagung wurde eröffnet mit einer vertraulichen Geschäftsitzung, in der die oberste politische Frage und andere aktuelle Probleme besprochen wurden. In der überfüllten Vollversammlung am nachmittag sprach Reichswehrminister Dr. Gessler. Er führte aus, die wichtigste Aufgabe sei, zunächst noch dem Volke die einfache nackte Existenzmöglichkeit zu erleichtern. Darum gehe es heute noch, nicht zuerst um die vielberufenen nationalen Wände. Niemals aber werde das deutsche Volk auf seine Freiheit und Unabhängigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern verzichten und sich zum Paria-volk erniedrigen lassen. Schwere Sorge verursache der kommende Winter mit seinen Stürzen, der Teuerung und Arbeitslosigkeit. Geradezu katastrophal wäre es, so jagte Dr. Gessler, wenn dazu auch noch aus Anlaß der Steuererhöhung eine Reichstagsauflösung käme. Mit der Aufforderung zur Zurückhaltung des sinnlosen Luxus und zur Pflückerfüllung schloß der Minister seine Rede. Als zweiter Redner besprach Konrad Haupmann die oberste politische Situation und erklärte, Deutschland dürfe nicht aufhören, auszusprechen, daß diese ewige Verschleppung der oberhessischen Frage eine Gräueltat sei, die sich an ganz Europa rächen müsse. Weiter sprach noch der hessische Handelsminister Hamann über das Wesen der Demokratie. Am Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß nur durch vertrauensvolles Zusammenwirken aller aufbauenden Kräfte die volle Wiederaufrichtung Deutschlands zu erreichen ist und daß, da der Friede von Versailles aufgebaut ist auf die Lüge von Deutschlands Schuld am Weltkrieg, von der Reichsregierung die Bekämpfung der deutschen Gegenliebe erwartet wird. Gegen die Verschleppung der oberhessischen Frage wird Protest eingelegt.

Der wilde Eisenbahnerstreik.

W. Kassel, 15. Aug. In dem auf dem Bahnhofe Oberhess ausgebrochenen wilden Streik sind die Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätten, Kohlenarbeiter, Hilfsarbeiter und Wagenputzer beteiligt. Nachdem am Sonntag die Ausschüsse auf Befestigung des Streiks auf friedlichem Wege günstig gewesen waren, haben sich die Verhältnisse durch das Eingreifen der Kommunisten, die im Auto nach Dobra, Göttingen, Marburg und anderen Orten fahren, um die dortige Arbeiter-schaft zum Streik zu bewegen, erheblich verschärft. In Marburg sollen die Arbeiter ebenfalls in den Streik getreten sein. Auch soll die Arbeitseinstellung auf die Bezirke Frankfurt a. M. und Erfurt übergriffen haben. Die Eisenbahndirektion hat in einem Anschlag die streikenden Arbeiter aufgefordert, den regelmäßigen Dienst sofort wieder aufzunehmen, andernfalls sie als entlassen gelten. Eine Reihe von Arbeitern hat sich daraufhin zur Arbeit gemeldet; doch wurden sie durch jüngere Streikpöbel an der Durchführung der Arbeit verhindert. Einige junge Leute, die den Betrieb auf den Bahngeländen störten, wurden verhaftet. Der Eisenbahndirektionspräsident hat die Beamten zur Nothilfe aufgefordert; der Aufforderung wurde sofort entsprochen. So konnte der Eisenbahnbetrieb im wesentlichen aufrechterhalten werden. Die Reichsgewerkschaft hat es, obwohl sie die Forderungen der Arbeiter an sich anerkennt, entschieden abgelehnt, den wilden Streik, bis zu dessen Ausdruck die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft waren, irgendwie zu unterstützen.

Kassel, 15. Aug. Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat sich in Kassel auf die Arbeiter der Hauptwerkstätte, sowie einige Bahnhofsarbeiten und Güterabfertigungsstellen ausgedehnt. Außerdem sind inzwischen die Arbeiter in Marburg, Frensa, Bad Wildungen und Paderborn in den Streik getreten. Unter der sorgfältigen Mithilfe der Beamten fast aller Gruppen ist es gelungen, den gesamten Posten- und Güterverkehr instand zu halten. Es wird indessen erforderlich sein, den Personalverkehr etwas einzuschränken.

Große Kesselexplosion in Schlesien.

W. Breslau, 15. Aug. Als in der vergangenen Nacht mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus der Ueberlandzentrale in Tschönitz (Kreis Breslau), in dem sich sieben Kessel befanden, beschäftigt waren, entstand plötzlich im Kesselhaus 5 eine heftige Rauchentwicklung, der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Ein Arbeiter vermochte sich ins Freie zu flüchten. Gleich darauf kürzten die Pfeiler des

Kesselbunkers zusammen und schütteten ihren Inhalt ungefähr 3000 Tonnen, ins Kesselhaus, alles unter sich begrabend. Die Westseite des Kesselhauses wurde vollkommen eingedrückt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt, der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Zwei weitere Arbeiter wurden unter den Trümmern des Kesselhauses begraben und sind bis jetzt noch nicht geborgen. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe konnte noch nicht festgestellt werden.

Großfeuer in einer Ueberlandzentrale.

Breslau, 15. Aug. In der Hauptstation der Ueberlandzentrale des Elektrizitätswerks „Schlesien“ in Tschönitz entstand heute früh 1.35 Uhr Feuer, das das ganze Hauptgebäude zerstört hat. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt geworden. Der Schaden in der Stromzufuhr in dem ausgedehnten Versorgungsgebiete ist zur Stunde noch nicht zu übersehen.

63 Gebäude niedergebrannt.

i. Soldau, 15. Aug. Im nahen Dorf Piersanten brannten 63 Gebäude völlig nieder. Die Ernte und alles Inventar sind mitverbrannt. 1 300 000 Mark entwendet.

i. Breslau, 15. Aug. Am 13. August zwischen 8 und 9 1/2 Uhr abends wurden aus einem verschlossenen Hotelzimmer in Dels durch Einbruch 1 800 000 Mark in Laufendmarktscheinen entwendet. Die Diebe sind wahrscheinlich nach Breslau entwichen.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Verlängerung der Polizeistunde.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 15. Aug. Die heutigen Besprechungen des Reichskabinetts galten neben der oberhessischen Frage auch der Frage der Brennstoff- und Bekleidungsfrage. Hierbei ist, wie wir hören, auch die Frage der Verlängerung der Polizeistunde erörtert worden. Es verläutet, daß sich verschiedene Kabinettsmitglieder für die Aufhebung jener Bundesratsverordnung eingesetzt haben, auf Grund deren die Polizeistunde mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit auf höchstens 12 Uhr festgesetzt wurde. Es kann demgemäß mit einer halbtägigen Verlängerung der Polizeistunde gerechnet werden.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Zürich, 15. Aug. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mk. = 6.80 Geld, 6.90 Brief-Franken.

Schulstreik in Spandau.

Berlin, 15. Aug. Die freie Schulgesellschaft in Spandau hat in einer Elternversammlung den Schulstreik vom 16. August an beschlossen, weil für die vom Religionsunterricht befreiten Schulkinder kein besonderes Schulgebäude zur Verfügung gestellt wird. Die Spandauer Lehrerschaft ist geschlossen gegen die Streikbewegung. Sie vertreten die Einheitschule.

Jubiläum des Bischofs Aorum.

Erier, 14. Aug. Heute begann hier die Feier des 40jährigen Jubiläums des Bischofs Michael Aorum in Trier. Im Laufe des Vormittags erschienen die Vertreter der Behörden im Bischofsdom zur Gratulation.

Ein Attentat auf einen Elzug.

Dortmund, 15. Aug. Wie die „Deutsche Zeitung“ berichtet, ist in der Nacht zum Freitag auf den Elzug Paderborn-Sohl ein Attentat verübt worden. Die Attentäter haben die Lajchen von den Schienen entfernt, die Schienen gelodert und über die Geleise gelegt. Beim Herannahen des Zuges mußten die Attentäter etwas überhastet den Bahndamm verlassen haben, denn sie ließen eine Laterne zurück. Diese wurde vom Zugführer bemerkt, der den Zug schleunigst zum Halten brachte, was unmittelbar vor dem Attentat verübt wurde. Die Zugbeamten suchten sofort die Umgebung ab, doch konnten sie in dem nächsten Dunkel nichts von den Attentätern entdecken. In dem Elzug sollen große Gelbungen vermutet worden sein, auf die die Attentäter es abgesehen hatten.

Flugzeugabsturz.

Berlin, 15. Aug. Wie die Blätter aus Betsfeld (Niederrhein) melden, ist bei den gegenwärtig dort stattfindenden Flügen mit motorlosen Segelflugzeugen Leutnant Reich mit seinem Apparat abgestürzt. Er war auf der Stelle tot.

Eine Windhoje im Isergebirge.

Reichenberg i. B., 15. Aug. Eine Windhoje hat im Hochwaldbestand des Isergebietes ungeheure Verheerungen angerichtet. Ueber 20 000 Festmeter Holz wurden gebrochen. Auch einige Dirschaften wurden heimgeführt.

Familientragödie.

Berlin, 15. Aug. In Paderborn bei Fürstenberg wurde der in der Sommerfrische weilende Werkmeister Wahl aus Neukölln mit seinem zwei- und neunjährigen Kinde in seinem Zimmer tot aufgefunden. Der ärztliche Befund ergab, daß Wahl seine beiden Kinder zunächst durch Revolverkugeln schwer verletzt und dann ihnen mit einem Küchenmesser den Hals durchschnitten hatte. Wahl hatte dann Selbstmord durch Erhängen begangen. In einem Brief an seine geschiedene Frau ist Wahl an, daß er die Tat begangen habe, um seine Kinder vor einer ungewissen Zukunft zu bewahren.

Ein Luftkessel fort in die Luft geflogen.

Budapest, 15. Aug. Das Fort Cabesu, das einen Teil der Festungswerke von Budapest bildet, ist in die Luft geflogen. Das Fort war mit Explosionsstoffen und Munition vollgepfropft. Die Explosion dauerte die ganze Nacht durch bis zum Morgen an. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Die Belegung des Baugewerbes zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

In der Zeit vom Beginn des Jahres 1919 bis Ende 1920 sind allein aus Reichsmitteln nicht weniger als 1,6 Milliarden Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbaues und 300 Millionen zur Förderung der Errichtung von Bergmannswohnungen aufgewendet worden. Zusammen mit den Zuschüssen, welche die Länder und Gemeinden für den Wohnungsbau aufgewendet haben, und mit dem Ertrage der Kohlenabgabe, die für den Bau von Bergmannswohnungen herangezogen worden ist, sind bis zum Ende des Etatsjahres 1920 mehr als 4 1/2 Milliarden Mark öffentliche Mittel für den Wohnungsbau aufgewendet. Der Betrag, der im Haushaltsjahr 1921 dem Wohnungsbau dienen soll, ist nur um ein wenig geringer. Es werden je anderthalb Milliarden für allgemeine Wohnungsbauten und für Bergmannswohnungen und daneben weitere 700 Millionen Mark aus der Kohlenabgabe Verwendung finden, so daß also 3,7 Milliarden für den Wohnungsbau bereitstehen. Tatsächlich hat seit diesem Frühjahr die Bautätigkeit lebhaft eingelebt. Ueber den Umfang der augenblicklichen Bautätigkeit liegen Zahlen nicht vor. Es muß jedoch aus dem ziemlich unglücklichen Absatz an Ziegelprodukten geschlossen werden, daß die Bautätigkeit den gehegten Erwartungen nicht entspricht. Dies trifft besonders für die größeren Städte zu. Es hat den Anschein, als ob der schleppende Gang des Zirkulationsverfahrens teilweise hieran schuld ist. Es wird behauptet, daß Banlustige viele Monate auf Erledigung ihrer Anträge zu warten haben. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften gab es in Deutschland an Bauarbeitern im Jahre 1920 etwa 1 070 000. Von diesen waren gewerkschaftlich organisiert im Bauarbeiterverband etwa 490 000. Von diesen waren Ende April arbeitslos etwa 7,7%. Ueber die nichtorganisierten Arbeitslosen liegen Zahlen nicht vor, doch wird dort ein niedrigerer Prozentsatz als bei den organisierten vermutet, da es sich größtenteils um ländliche Bauarbeiter handeln dürfte.

Der neue Dampfer „Baden“.

Während das einstige Flaggschiff und neueste Linienerschiff unserer Hochseeflotte, „Baden“, vor einigen Wochen unter dem Feuer englischer Schiffsgechübe bei Schießübungen zum Bruch zusammengebrochen wurde, geht auf der Werft des Bremer Vulkan in Begegnung eine neue Vertreterin dieses Namens der Stapellaufreise entgegen, der Dampfer „Baden“, dessen Schweißschiffe „Bavaria“ und „Bürttemberg“ bereits zu Wasser gelassen sind. Es ist ein sinniger Gedanke der Hamburg-Amerika-Linie, daß sie ihre ersten größeren Neubauten nach dem Kriege mit den Namen der größten süddeutschen Bundesstaaten ausstatten und dadurch nicht allein die trotz aller Feindseligkeiten und innerer Abneigung die Einheit der deutschen Stämme zum Ausdruck bringt, sondern auch durch diese Schiffsbenennungen dem großen Anteil Süddeutschlands an der deutschen Ein- und Ausfuhr Rechnung trägt.

Die seine beiden Vorgänger wird auch der neue Dampfer „Baden“ einen Rauminhalt von etwa 7600 Br.Mt. aufweisen. (1 Br.Mt. = 283 Kubikmeter). Die großen Baderäume werden rund 12 400 Tonnen (248 000 Zentner) Ladung aufnehmen können. Eine Kolbenmaschine wird etwa 4000 Pferdestärken erzeugen und dem Dampfer eine Geschwindigkeit von 18 bis 14 Seemeilen in der Stunde verleihen. 340 Reisende werden in der 3. Klasse und im Zwischendeck Aufnahme finden. Gleichzeitig ist in den Oberdeckskammern Raum für 10 Kajütpassagiere vorhanden. Die Bekafungshärte wird mehr als 100 Kopf betra-

gen, darunter neben dem Kapitän und dem Oberingenieur je 4 Offiziere und Ingenieure.

Wenn erst der neue Dampfer „Baden“ die Fluten des Ozeans unter der alten Reichsflagge durchfahren wird, dann ist auch er ein kleiner Beitrag zur wichtigsten deutschen Augenblicksaufgabe: „Vorwärts und aufwärts“, dann wird auch er im Auslande von der fast ungebeugten wirtschaftlichen Kraft unseres Landes erzählt, aber auch für den Keimer Deutschlands Erinnerung wachrufen an die Schönheiten und Borzüge unserer engeren Heimat. Dem Landmann draußen aber, der heute unter unsäglichen Schwierigkeiten Monierarbeit für das Deutschtum und deutsches Wesen verrichtet, möge der Name „Baden“ an Bug und Heck des neuen Dampfers ein lieber, hoffnungsfroher Gruß aus dem „Ländle“ sein, ein Symbol der erkrankten Zusammengehörigkeit aller Deutschen, drinnen und draußen. Und den Tausenden, die voller Enttäuschung und Unzufriedenheit über die neuen Verhältnisse in Deutschland den Staud der Heimat von den Fischen schütteln und die der Dampfer „Baden“ einer neuen, ungewissen, oft recht bornevollen Zukunft entgegenführt, möge das Schiff ein treuer, sicherer Führer über das Weltmeer sein, sie ohne Schaden und ohne Gefahren in die neue Heimat führen.

„Glückauf und frohe Fahrten.“ W.

Die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen nach dem Reichsversorgungsgesetz.

Die Neuzeitung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen nach dem Reichsversorgungsgesetz hat sich, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mittelst, infolge veripiteten Erlasses der Ausführungsbestimmungen, dann aber auch infolge einer unzulänglichen Organisation bei den Versorgungsbehörden außerordentlich verzögert. Durch die Verzögerung ist bei den Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen, die auf die erhöhten Gehältnisse dringend angewiesen sind, eine begriffliche Beunruhigung entstanden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich zur Abstellung der Uebelstände mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung gesetzt und diesem entsprechende Vorschläge unterbreitet. Zwei Vorschläge des Reichsbundes haben nunmehr Berücksichtigung gefunden:

1. soll von Ausnahmefällen abgesehen, der nach dem Mannschaftsversorgungsengesetz 1906 bei Kriegsbeschädigten festgesetzte Prozentfuß der Minderung der Erwerbshäufigkeit bis zum Tage der Neuzeitung der Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz maßgebend sein. Ist also a. B. ein Kriegsbeschädigter jetzt 100 Proz. erwerbsbeschränkt anerkannt gewesen und wird die Beinträchtigung der Erwerbshäufigkeit bei der Neuzeitung der Rente auf Grund einer ärztlichen Untersuchung auf 80 Proz. eingeschätzt, so bekommt er für die rückwirkende Zeit eine 100-prozentige Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz. Ueber den Vorschlag, zunächst grundsätzlichen überhaupt von Untersuchungen abzusehen, um eine weitere Beschleunigung der neuen Festsetzung der Renten zu erreichen, sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen; 2. ist der Vorschlag des Reichsbundes angenommen worden, die Versorgungsämter mehr als bisher mit der Neuzeitung der Renten zu betrauen. Bis jetzt mußten die Bescheide der Versorgungsämter immer erst die Genehmigung der Hauptversorgungsämter erhalten, bevor sie an die Versorgungsberechtigten gelangen konnten. Durch die Uebertragung der Arbeiten auf die Versorgungsämter wird deshalb eine weitere Beschleunigung der Neuzeitung der Renten erreicht, weil diese ein viel fleineres Gebiet zu bearbeiten haben wie die Hauptversorgungsämter. Das Reichsarbeitsministerium hat wie es dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten auf seine Vorstellungen mit-

teilt, bereits Mitte Juli die Verbindung mit den Hauptversorgungsämtern wegen der kälteren Heranziehung der Versorgungsämter aufgenommen.

Schule und Kirche.

Aus der evang. Landeskirche.

Die Staatsregierung hat zu den Finanzgesetzen der Landesparlament über die allg. kirchlichen Ausgaben für 1. April 1921/22 und ihre Bedung, die Dienstbezüge, Zulagezahlung und Ruhestandsbezüge, Hinterbliebenenversorgung u. a. die nach dem Landeskirchenvertrage erforderliche Genehmigung erteilt.

Der 2. Deutsche Evang. Kirchentag in Stuttgart.

Die am 11. September in Stuttgart zusammen tretende Gesamtvertretung des evang. Deutschlands, der Deutsche evang. Kirchentag, wird vor allem den von den Landeskirchen zu schließenden Kirchenbundesvertrag und seine Verfassung, ferner die grundsätzliche Stellung der Kirchen zum neuen Staatswesen und die durch den Reichsflagengesetzentwurf dringend gewordenen Schulfragen behandeln. Etwa 340 Vertreter werden dazu erscheinen. Etwa 50 Teilnehmer werden von den Kirchenregierungen entsendet sein, etwa 200 von den Landes- und Provinzialsynoden, jede theologische Fakultät schickt einen Vertreter, besondere Gruppen bilden die Religionslehrer der höheren und Volksschulen. Es wird darauf gesehen, daß sich in allen Gruppen Angehörige der verschiedenen Stände und auch Frauen finden.

Der zweite Tag der Deutschen Schwimmmeisterschaften in Leipzig.

brachte ebenso wie der erste Tag ganz hervorragende Kämpfe und ebenso gute Ergebnisse:

Damenmeisterchaft 100 m beliebt: 1. Fräulein Rosenbergs-Dannover, 1 Min. 24,2 Sek. Toles Rennen: Fräulein Stindt-Hannover und Fräulein Hüfing von der Ville-Dannover, 1 Min. 30 Sek.

Brustmeisterchaft für Damen: 1. Frä. Murray, Germania-Berlin, 1 Min. 34 Sek.; 2. Frä. Lyman-Deffau, 1 Min. 40,4 Sek.

Kreislagenspiegel für Damen 4x100 m: 1. Kreis III Mitteldeutschland, 6 Min. 34 Sek., vor Kreis I Berlin-Brandenburg mit 6 Min. 37,2 Sek.

Meisterchaftsstrecke 100 m: 1. Heinrich, Potsdam-Leipzig, 1 Min. 51 Sek., 2. Citner, Bremer Schwimmerband, 1 Min. 54 Sek., 3. Hillmar, Hellas-Magdeburg, 1 Min. 58 Sek.

Rüdenmeisterchaft 100 m: 1. Fröhlich, Hellas-Magdeburg, 1 Min. 17,1 Sek., 2. Dahle m-Rubrot, 1 Min. 18 Sek.

Bruststafel 4x100 m: 1. Wasserfreunde-Hannover, 4 Min. 18 Sek., 2. Potsdam-Berlin, 4 Min. 23 Sek., 3. Rhenus-Rhein, 4 Min. 25 Sek.

Ragenstafel 4x100 m: 1. Hellas-Magdeburg, 5 Min. 49 Sek., im Alleingang.

Meistkämpfer-Meisterchaft: 1. Mund, Sport-Halberstadt, 74,3 Punkte, 2. Frankenstein-Hannover, 71,2 Punkte.

Bereits-Meistkämpfer: 1. Stillinge-Deffau, 74,2 Punkte, 2. Pofidon-Leipzig, 73,4 Punkte.

Reichsschwimmer 400 m: 1. Ringelbey, Jung-Deutschland, Darmstadt, 6 Min. 42 Sek.

Springmeisterchaft: 1. Wesel, Alter Leipziger 125,2 Punkte, 2. Schirz-Deffau, 121,8 Punkte, 3. Kubler, Potsdam-Berlin, 117,6 Pkte.

Sport/Spiel/Turnen.

Stafellau „Rund um Mannheim“.

rr. Zum dritten Male fand am Sonntag der von der Mannheimer Turngesellschaft 1899 veranstaltete Stafellau „Rund um Mannheim“ unter Teilnahme von 15 Mannschaften in Stärke von etwa 300 Mann statt. Die Laufstrecke (etwa 5000 Meter) führte durch

die Schloßgartenstraße über Bahnhof, Kaiser-, Reichs-, Kutenstr. und Karling und durch einen Teil des Schloßgartens. In jeder Staffel (300 Meter) liefen 30 Mann.

Der Stafellau war in drei Klassen eingeteilt: in Klasse 1 liefen fünf, in Klasse 2 sieben, in Klasse 3 drei Mannschaften. Die Mannschaften der Turnvereine liefen heute nach dem von 100 Meter Stafellau in der ersten Zeit von 12 Minuten 54,9 Sek. um den zweiten Platz war ein heifer Kampf zwischen Turnverein Mannheim 1846 und Rhenus-Rhein, in dem letztere unterlag. In der zweiten Klasse wurde Turner Mannheim 1846 in 18 Min. 45,2 Sek. erster Sieger, in der dritten Klasse Schwimmverein Mannheimer 1846 am Stafellau teilnehmende Mannschaften, der ein schönes Bild bot, bildete einen wirkungsvollen Abschluß.

Ein mißglückter Versuch.

e. Colais, 18. Aug. Der italienische Schiffsbauer Piradolfo hat seinen Versuch, den Kern der Fanal zu durchschneiden, aufgeben müssen. Er war nur noch 8 Zentner von der französischen Grenze entfernt. Er beschloß, seinen Versuch am 18. September zu wiederholen.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landesanstalt warnte in Karlsruhe auf Grund land- u. funktentelegraphischer Beobachtungen vom Montag, 15. August 1921, 8 Uhr morgens (M.E.S.)

Table with columns: Ort, Luftdr. in NN, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include Hamburg, Danzig, Berlin, Frankfurt, München, Kopenhagen, Stockholm, Warszawa, St. Petersburg, Valencia, Paris, Toulouse, Jülich.

Beobachtungen badißer Wetterstationen 7. morgens

Table with columns: Luftdr. in NN, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include Berlin, Stuttgart, Karlsruhe, Baden-Baden, Billingen, Feldberg, Badener Meier.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Das Tiefdruckgebiet über Dänemark beherrscht auch heute ganz Mitteleuropa, so daß das kühle, regnerische Wetter andauert. Auch für morgen ist keine wesentliche Aenderung zu erwarten.

Wetteransichten für Dienstag, den 16. August: Meist trüb, mäßige Regenfälle, kühl.

Rhein-Stationen morgen 6 Uhr

Table with columns: Station, Temperatur. Rows include Schifferisfel, Rehl, Waxau, Mannheim.

Winkelhausen Jubiläumsbrand die deutsche Weinbrandmarke. Includes an illustration of a house and text about the brand.

The Packbild in wenigen Minuten nur im Photograph. Metzler, Herrenstr. 33. Abonnenten berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten des Karlsruher Tagblatts.

Gasthaus zu den 3 Kronen Ecke Kronen- u. Zähringerstraße Dienstag u. Mittwoch Schlachttag Ferdinand Weber. WENZEN samt Brut werden durch mein Spezial-Vergasungs-Verfahren unter Garantie radikal verulgt. Fr. Springer, Markgrafenstraße 52, Telefon 3263.

Haare im Gesicht Sie können sofort, sicher, leicht und mit absoluter Gewißheit alle lästigen Haare aus ihrem Gesicht entfernen, ohne Furcht vor Schmerz, Schäden od. Narben, durch den gesetzlich geschützten „Wiko-Haarentferner“ DRGM. 581232. Preis M. 10.-, Nachnahme M. 12.- franko bei H. Bieler, Kaiserstraße 223, zwischen Douglas- und Hirschstr.

Statt besonderer Anzeige. Unsere geliebte, treubesorgte Schwester und Tante Anna Hofmann ist heute, nach schwerem Leiden, sanft entschlafen. Die trauernden Hinterbliebenen: Klara Buchenberger, geb. Hofmann, Rudolf Hofmann, Baurat a. D. und Kinder. Karlsruhe, 14. August 1921. Beerdigung Mittwoch 10 1/2 Uhr.

Trauerbriefe. Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig. Geschw. Gutmann Ecke Kaiserstr. u. Waldstr.

Ber etwas ganz sicher verkaufen will, der erreicht dies durch eine Verkaufsanzeige im Karlsruher Tagblatt

Todes-Anzeige. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere verehrl. Mitglieder von dem Ableben unseres lieben Kollegen Herrn Bernhard Roser Metzgermeister geziemend in Kenntnis zu setzen. Dem in bestem Mannesalter dahingeschiedenen treuen Innungs-Mitgliede werden wir ein dauerndes Angedenken bewahren. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. August 1921, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt und bitten wir um zahlreiche Beteiligung. Freie Metzger-Innung Karlsruhe.

Baumaterialien-Grosshandlung Bergwerks- und Hütten-Erzeugnisse Julius Graf & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung Karlsruhe Büro und Lager am Westbahnhof Grünwinklerstraße — Teleph. 1926. Cement, Kalk, Gips, Ziegel, Steine, Boden- u. Wandplatten, Dachpappe, Asphalt, Steinzeugröhren, Kanalarartikel, I-Träger, Betonsteine, Bleche, Röhren.

Gebüder Scharff Wir empfehlen: ab Mittwoch feinstes Weißmehl Pfd. 4.50 Mt. Leppig-Reinigung mit elektrischem Gerät, schonende Benennung, Aufwahr. u. Zepun, u. Wägen mit Garne, E. Teigmass (Nachh. u. Wägen) 10 Liter 4.- Tel. 1926

„Provida solersque . . .“

Am 16. August 1821 wurde die „Cirkumskrip- und Erektionsskizze“ Provida solersque ver-... Durch sie wurde, gemäß den Wünschen der beteiligten Regierungen, die Ober-... Reichs- und Provinz mit dem Me-... in Freiburg i. Br. und den vier... in Hottendorf (Württemberg), Mainz (Hessen-Darmstadt), Simsburg (Sachsen-Weimar) und Fulda (Hessen-Kassel) begründet.

Das badische Kernland, die Markgrafschaft Baden-Durlach, war rein protestantisch. Dazu erblie Karl Friedrich 1771 die fast ausschließlich katholische Markgrafschaft Baden-Baden; die Regierung dieses Simultanlandes vollzog sich in der Form der fürstlichen Absolutismus auf Grund der nach vorheriger Vereinbarung mit den betreffenden Bischöfen erlassenen Dekrete vom 28. Oktober 1700 und 21. August 1701.

Die Rheinbundsakte 1806 legte wechere, früher katholische Gebiete dazu, so daß Baden schließlich innerhalb von 10 Jahren, auf das Vierfache angewachsen, eine zu zwei Dritteln katholische Bevölkerung hatte. Die Diözesanzugehörigkeit dieser Gebiete wurde nach § 62 des Rheinbundsdeputationsprotokolls vom 23. Februar 1806 nicht geändert. Es erhielten aber nur zwei der kirchlichen Oberen, Weissenberg als Generalvikar des Bistums in Konstanz und der Fürstbischof von Speyer in Bruchsal, im Lande selbst. Die Verwaltung dieser kirchlichen Angelegenheiten wurde durch die landesherrlichen Organisations-... Konstitutionsakte von 1808 und 1807 geregelt.

Das dritte Organisationsdekret vom 11. Februar 1808 über Religionsübung und das vierte Organisationsdekret vom 14. Februar 1808 über die Kirche und Küster alimen gung die tolerante, patriarchalische Stimmung Karl Friedrichs und die wachsende ein Bewußtsein „ohne Unterchied der Religion gleich durchgehenden landesherrenlichen Liebe.“ die allerdings keinen Unterschied macht zwischen protestantischer und katholischer Kirche und umfassen sie sich dieselben Rechte über die katholische Kirche in Anspruch nimmt, wie sie über die protestantische Kirche selbstverständlich ausübt. Es sind rein rechtliche Ausführungsbestimmungen im Sinne der Paragraphen des Rheinbundsdeputationsprotokolls, die das Fortbestehen des geltenden, rechtlichen Zustandes garantieren. Kirchenrechtliche Ableitungen sind streng vermieden. Da-... am 14. Mai 1807 Ausbruch eines Staatsstreichs durchs... die kirchliche Rechtsprechung wird sehr erheblich eingeschränkt, ihre... selbst in rein kirchlichen Dingen durch den recursus ad principem stark beschränkt, der Regierung ein weitgehendes Aufsichtsrecht (caveat) zuerkannt, aus dem das Recht des Placet („Staatsgutheißung“) für alle öffentlichen Verhandlungen von selbst folgt. Für die Ernennung zu Kirchendämtern bleibt der Kirche nur das Recht der Mitwirkung, das sich aber vor allem auf die Prüfung zur Eignung erhebt. Bei... öffentlich rechtlichen Charakter tragen, z. B. Trauung, Taufe, Beerdigung, sind die Priester... gleich Staatsbeamte. Die Handhabung dieser... durch das katholische Kirchendepartement... unter dem Einfluß Wunners und Häberlins... in kurzer Zeit ein harter Staatsstreich... dem auch infolge der schwierigen Diö-... Verhältnis und der liberalen Stimmung... kein nemenswerter kirchlicher Widerstand entgegengetroffen wurde.

Indessen machte sich besonders seit dem Wiener Kongress in der Folgezeit doch sehr stark das Bedauern nach einer einheitlichen und grundsätzlichen Regelung der kirchlichen Verhältnisse geltend, insbesondere bezüglich der Umkreisung der Diözesanbezirke der südwestdeutschen Staaten. Zu diesem Zweck traten die Gesandten von Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Kurhessen, zu denen sich vorübergehend auch noch einige norddeutsche Staaten gesellten, am 24. März 1818 in Frankfurt zu Konferenzen zusammen. Die Abgeordneten, in der Hauptstadt zu-... herrschenden, ausgeprochen staatskirchlichen Grundzüge. Man beschloß, in einer „Declaration“ das grundsätzliche Zusammenzufassen und diese dem Papst zur Annahme vorzulegen. Daneben vereinbarte man ein „organisches Statut“, das dann nach dem Muster Napoleons als Staatsgesetz gleichzeitig in allen Staaten, ohne dem Papst vorher Kenntnis davon zu geben, veröffentlicht werden sollte. Die 1819 nach Rom geschickte Gesandtschaft erhielt aber in der „responsione dei sententiam“ vom 18. August 1819 durch Konstantin einen grundsätzlichen ablehnenden Befehl unter Hinweis auf die Dogmen des katholischen Glaubens, die dem Oberhaupt der Kirche „unver-

lehbare Grenzen“ setzten. Nur in der Frage der Umschreibung zeigte Konstantin Entgegenkommen. Daraufhin beschloßen die in den Konferenzen vereinigten Regierungen, dem Papst nur das nötige Material zu einer neuen Umschreibung der Diözesen entsprechend den neuen Landesgrenzen zur Verfügung zu stellen und ihrerseits eine gleichlautende, landesherrliche Verordnung gleichzeitig zu erlassen, die ihren staatskirchlichen Theorien Gesetzeskraft verleihen sollte.

So einigte man sich mit dem Papst zunächst nur über das Neufürstliche: den Sitz des Metropolitens und den Umfang der neuen Kirchenprovinz. Diese Punkte vom 16. August 1821 schloß eine Plattform für die weiteren Verhandlungen, die sich insbesondere auf die Bischofswahl und die Ausbildung der Priester bezogen. Erst im Jahre 1827 konnte der Freiburger Münsterpfarrer Doll als erster Erzbischof der Oberheinlichen Kirchenprovinz inthronisiert werden. Der Kampf um die Zuständigkeitsbegrenzung zwischen Staat und Kirche, um die innere Verwaltung der Diözesen war freilich damit noch lange nicht abgeklungen. In den Artikeln 5 und 6 der Bulle „ad dominici regis custodiam“ enthielt er sich immer wieder von neuem, bis er schließlich in der Kirchengesetzgebung Rameys vom 9. Oktober 1860 seinen vorläufigen Abschluß fand. Wenig war noch übrig geblieben von der ursprünglichen Kirchenverfassung, aber unverändert hatte sie Jahrzehnte überdauert jene ähnelnde Bistumsorganisation, wie sie am 16. August 1821 in der Bulle „Provida solersque“ gegeben war. Gustav Mittelstraf.

Aus Baden.

Zum Fall Baumann.

In der Wiedergabe der Aufschrift des Oberamtsrichters Dr. Jolly, Karlsruhe, die wir gestern unter obiger Ueberschrift brachten, ist infolge notwendig gewordener Kürzungen verschiedentlich der Zufall fortgelassen worden, daß der Wortlaut des letzten Absatzes einer Uebersetzung des Abgeordneten Dr. Haas entnommen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich weiterhin gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist ständig im Rückgang.

In der Landwirtschaft hat infolge der Trockenheit die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern mancherorts nachgelassen; doch konnten teilweise Erwerblosigkeiten zum Verschwinden und zu Unerwarteten herangezogen werden.

Auch in der chemischen Industrie, insbesondere der Paraffinerfabrikation, wurden Erwerblosigkeiten untergebracht. Der lebhaften Nachfrage nach Steinbauern, vor allem für Granit in der Industrie der Steine und Erden konnte nicht genügt werden.

Die Verhältnisse in der Metallindustrie müssen weiter als sehr ungünstig bezeichnet werden. Die erwarteten Betriebsbeschränkungen wegen Arbeitsmangels sind eingetreten, während die Lage in der Pforzheimer Schwundwarenindustrie erneut eine erhebliche Besserung aufweist. Gegenüber 98 Betrieben in der Vorwoche arbeiten jetzt nur noch 59 Fabriken verfahren. Von der Kurzarbeit waren circa 400 Männer und 700 Frauen betroffen.

Das Holzgewerbe ist weiter gut beschäftigt und hatte lebhaften Bedarf an Möbelschreimern, Küfern, Wagnern und Lackierern.

In Nahrungsmittelgewerbe hat sich die Geschäftslage etwas gehoben, was besonders den fleischlosen Bäckern zugute kam. Keine Vermittlungstätigkeit herrscht in der Zigarrenindustrie. Der Mangel an Arbeitskräften im Berggewerbe besteht noch fort. Gut ist im allgemeinen auch die Beschäftigung im Bekleidungs- und Schuhmachergewerbe. Unter den Schuhmachern herrscht stellenweise noch Arbeitslosigkeit.

Das Angebot an Fabrikarbeiterinnen hat sich gegenüber der Vorwoche vermindert. Dem fortwährend starken Bedarf an Stenotypistinnen dagegen, sowie an weiblichem Dienstpersonal, insbesondere für das Fremden-gewerbe, konnte nicht entkriegt genügt werden, trotzdem die offenen Stellen für Hotelzimmermädchen und Servierpersonen zurückgegangen sind. Betriebsbeschränkungen erfolgten infolge Arbeitsmangel bei drei Betrieben, wovon 96 Männer betroffen sind.

Ende des Streiks in Pforzheim.

Aus Pforzheim wird gemeldet: Der Streik der städtischen Arbeiter ist noch am Samstagabend beendet worden. In der Angelegenheit der Verletzung des Betriebsrats Wolpert wurde ein paritätischer Ausschuss gebildet, der sich nochmals mit der Sache befassen soll. Betriebsrat Wolpert wurde zunächst beurlaubt. Auch der Betrieb der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde sofort wieder aufgenommen.

Flucht von Untersuchungsgefangenen aus dem Amtsgefängnis Freiburg.

In den letzten Tagen ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß aus dem Amtsgefängnis Hebesstraße in Freiburg zwei ausländische Silberschmuggler entwichen seien. Die Untersuchung dieser Angelegenheit hatte zur Folge, daß der Aufseher, dem die Ueberwachung dieser Gefangenen oblag, wegen dringenden Verdachts der Begünstigung ihrer Flucht verhaftet wurde. Die Bekanntgabe von Einzelheiten über die bisher getroffenen Feststellungen kann zurzeit nicht ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks erfolgen.

× Weingarten b. Durlach, 15. Aug. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde der bisherige Reichsrat Friedrich Gah von den bürgerlichen Parteien gewählt. Die Sozialdemokraten entzogen sich der Wahl.

× Bruchsal, 15. Aug. In Untergrömbach ist das Anwesen des Zigarrenfabrikanten Anton Pfeiffer durch Feuer vollständig zerstört worden. Während der Viehbestand gerettet werden konnte, sind die umfangreichen wertvollen Warenvorräte vernichtet worden.

× Pforzheim, 15. Aug. Am letzten Samstag ist einer der wichtigsten Abschnitte am Umbau

des Pforzheimer Bahnhofes, nämlich die Verlegung des gesamten Betriebsdienstes (Fahrplan) in das neue Hauptbetriebs- und Stellwerk vollzogen worden und damit zugleich die Inbetriebnahme der neuen Stellwerke 4 und 5. In der kurzen Zeit von wenigen Stunden mußten sämtliche elektrischen und mechanischen Einrichtungen vom bisherigen alten Stellwerk in die neuen Anlagen umgeschaltet werden. Die Umstellung des ausgebildeten Signal- und Weichenapparates vollzogen sich mit peinlicher Genauigkeit, ohne daß die geringste Zugverspätung erfolgte. Auch die dringend notwendige Erstellung des zweiten württembergischen Bahnhofs soll noch im laufenden Jahr erfolgen.

× Pforzheim, 15. Aug. Die Friseurzwangs- einigung hat die Bedienungspreise infolge der neuen Lohnforderungen der Gehilfen und der gesteigerten Kosten für Betriebs- und Lebenshaltung um 50 % erhöht.

— Heidelberg, 13. Aug. Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise für den Stadtbetrieb, den Gaspreis um 25 % für den Kubikmeter und den Strompreis um 20 % für die Kilowattstunde zu erhöhen.

× Heidelberg, 15. Aug. Bei dem von der Königinhüstermarie in der Nacht zum Dienstag beobachteten Kometenschein handelt es sich wahrscheinlich um das Gestirn das nach einer Meldung aus Cambridge in Amerika an die Zentralstelle für astronomischen Nachrichtendienst in Brüssel am 7. August bei Sonnenuntergang südlich der Sonne beobachtet worden ist. Nach der Heidelberg Beobachtung besteht kein Zweifel, daß das nahe der Sonne beobachtete helle Objekt der Komet gewesen ist. Die Beobachtung war der Königinhüstermarie deshalb möglich, weil dort wolkenloser Himmel vorhanden war, während im größten Teil Mitteleuropas der Himmel in jener Nacht bedeckt gewesen ist.

× Heidelberg, 15. Aug. Es steht nun fest, daß am Montag, den 22. August, anläßlich der Tagung des Deutschen Wägereiverbandes die zweite Schloßbeleuchtung mit großem Feuerwerk stattfindet. Gestiftet wird die Beleuchtung von der Maschinenfabrik Poensgen-Düsseldorf. Sonderzüge von und nach allen Richtungen sind bereits bewilligt.

× Neuenstein b. Rhl., 15. Aug. Die Ruhr, die immer weiter um sich greift, hat fünf neue Todesopfer gefordert und zwar darunter drei Kinder im Alter von 3 Jahren. Insgesamt sind der Ruhr jetzt 13 Personen erlegen. Jeden Tag werden Neuerkrankungen gemeldet.

× Freiburg, 13. Aug. Der Landesverband badischer Tanzlehrer hielt jüngst hier seine Generalversammlung ab, die aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden, Konstanz, Singen und anderen Orten sehr gut besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich mit einer Reihe von Sachfragen und wählte zum ersten Vorsitzenden Heinrich Marion-Pfaden-Baden und zum zweiten Vorsitzenden Ludwig Pfedermann-Mannheim. An die Tagung schloß sich eine sechstägige Fachschule.

× Billingen, 15. Aug. Ein fremder Straßenmusikant, der aus Stuttgart stammen soll, ist hier plötzlich an den Folgen eines Herzschlags gestorben. Sein Verbleib scheint im sehr enträglichem Gemäch zu sein, denn er trug 2000 Mark in bar in seinen Taschen und soll in Stuttgart noch zwei Käufer besitzen.

× Bernau bei St. Marien, 15. Aug. Der „Altbote“ bezeichnet die Nachricht, daß in Frankfurt a. M. der Landwirt Wilhelm Köpfer von Bernau, der wegen Mordes und Raubmordes verfolgt wird, verhaftet worden sei, als nicht richtig.

Aus Nachbarländern.

× München, 15. Aug. Das von Leipzig nach München kommende Postflugzeug der Nummern-Berke stürzte in der Nähe von Erding während eines Gewittersturms an 50 Meter Höhe ab. Dabei wurden der Flugzeugführer Erik Emmerich aus Saarbrücken und zwei Leipziger Passagiere, das Kaufmanns-... Saarbrücken, getötet.

× Bubenmais (Wavern), 15. Aug. Bei einem Gewitter wurde durch Blitzschlag nicht nur ein neuerbautes Bauernhaus vollständig ein-... ge... sondern es wurden auch zwei Personen, ein 10jähriger Knabe und ein 17jähriger Mädchen, die in dem Haus Unterschlupf gesucht hatten, getötet.

× Memmingen, 15. Aug. Die großen Kra-... walle und Unruhen, die in der vergangenen Woche infolge der Schieberereien des Käsehändlers Rosenbaum vor sich gegangen waren, haben jetzt infolge einer gerichtlichen Abschlus-... gefunden, als Rosenbaum wegen seiner Butter-... und Preisstreiberereien vom hiesigen Schöffengericht zu fünf Wochen Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe verurteilt worden ist.

Karlsruher Herbstwoche 1921.

Anläßlich der Karlsruher Herbstwoche findet in den Räumen des Kunstvereins (Wald-... 3) eine jurystreie Kunstausstellung statt, veranstaltet von der Karlsruher Künstlergesellschaft, die ein umfassendes Bild des hiesigen Schaffens zeigen soll.

Eine umfassende Graphikausstellung findet in den Räumen der Galerie Moss, Kaiserstraße 187, statt. Infolge der Kürze der Zeit haben wir uns gezwungen, die Teilnahme auf Karlsruher Künstler, für beide Ausstellungen, zu beschränken. Ausstellungsberechtig sind nur Künstler, die die Kunst als Beruf ausüben.

Aus dem Stadtkreise.

Telefondienst unserer Redaktion. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Nummer 277 im Telefongebäude unserer Redaktion erloschen ist und verweisen hinsichtlich unserer Anschläge auf den Kopf des Blattes.

Der Mangel an Manuskripten, der sich allerorten fühlbar macht, erklärt sich daraus, daß der Krieg gerade in den Reihen dieser meist den Pionieren

angewiesenen Männer schwere Opfer gefordert hat. Infolge der Beschlagnahme der Baumaterialien und des Stilliegens der Bautätigkeit während des Krieges konnte kein Nachwuchs herangebildet werden. In neuerer Zeit sind noch viele Eltern, selbst aus dem Arbeiterstande, bestrebt, ihre Söhne sogenannten besseren, wenn auch schlechter bezahlten Berufen zuzuführen; viele junge Leute treten nicht als Beurling, sondern nur als Volontäre in den Beruf ein, um dann durch den Besuch einer Fachschule Bautechniker werden zu können, an denen aber bekanntlich kein Mangel herrscht.

Der Reichswirtschaftsverband derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten hielt hier eine Landesgruppenversammlung ab, die zu dem Erlaß des Reichswehrministeriums Stellung nahm, wonach den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband und zum Deutschen Offiziersbund verboten ist, weil diese beiden Organisationen eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhalt der Truppe bilden. Der Referent Mosbach vom Berliner Verbandsvorstand wandte sich gegen das Verbot des Reichswehrministeriums und erklärte, der Reichswirtschaftsverband werde den Kampf gegen das Verbot aufnehmen und die Sache auch im Reichstag zur Sprache bringen. Am Schluß einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung im Sinne der Ausführung des Referenten angenommen.

Beim Baden ertrunken. Die Persönlichkeit eines vor einigen Tagen in der Kiesgrube im Durlacher Wald aufgefundenen ertrunkenen Mannes konnte jetzt festgestellt werden. Es ist ein italienischer Arbeiter, der dort beim Baden den Tod fand und seit etwa 14 Tagen vermisst wurde.

Verhaftet wurden: ein Dieb, der wegen Diebstahls angeklagt war, und zwei Arbeiter wegen Diebstahls.

Chronik der Vereine.

Schau von Onaden aller Klassen. Der älteste tonologische Verein Badens, der Hesse Verein der Bundesfreunde (früher Amalocker Verein und Amalocker-Klub) veranstaltete am gestrigen Sonntag unter Amficherung einer Sonderausgabe des Döbermannsche Verzeichnisses „Hesse, Hesse, Hesse“ eine Schau von Onaden aller Klassen. Als Schauplatz dienten die Stallungen und die Reithalle der früheren Kaserne des Art.-Rgt. Nr. 14 in Griesheim. Die Einlieferung der Onade, über 800, geschah von 8-11 Uhr. Die Onade waren in drei Stallungen und der Reithalle untergebracht. Am höchsten vertreten waren die Schifferonade, aber auch die anderen Onaden waren vertreten. In zahlreicher Döbermannsche, dann Bernhards, Neufundländer, Doggen, Barfoss, Kottwiler, Jagdhunde, Wipfels, Boxer, Kriegerkreuzer, Fortterers, Spitzer, Bulldoggs, Spaniels, Dachshunde sowie 2 ungarische Hirtenhunde. Aber auch die Schöpfungsdarben nicht fehlen und hatten inmitten der Reithalle in Käfigen Platz gefunden. Der Ehrenpreis-... war reich dotiert, so daß auch in dieser Hinsicht für alles gesorgt war. Die Räumlichkeiten waren sehr geeignet und die gute Durchführung kam der Veranstaltung sehr zu statten. Die Näherung der Tiere fand im Freien statt und als Richter waren gebeten die Herren Neumann-Bruchsal, Creelins-Dillsteinburg, Rothenshöfer, Berlin, Schmidt-Karlsruhe, Schwarz-Karlsruhe, Gollinger-Mann bei Pforzheim, Doll-Pforzheim, Julekand-Pforzheim, Kraus-Darmstadt und Deder-Wiesbaden. Die bei stark vertretenen Onaden amtierenden Richter hatten eine schwierige Aufgabe an sich, und so auch den Richtern es unmöglich ist, allen Menschen Recht zu tun, so konnten sie nicht jeden Ansteller zufriedenstellen. So lange Schauen und Ausstellungen veranstaltet werden, wird es Ansteller geben, welche gut und schlecht abschneiden; hieran ist aber in der Regel nicht der Richter schuld, sondern der angestellte Gegenstand. Nach Beendigung des allgemeinen Richtens fand eine Prämierung der besten Zuchtgruppen statt. Das Interesse an der Schau war ziemlich hoch und demgemäß auch der Besuch. Die Schaulust lag in den Händen des ersten Vorsitzenden des Vereins der Onade, H. Hoffner, welcher kein Meining auf diesen Gebiete ist; so war der ganze Aufbau der Veranstaltung durchaus zweckentsprechend; die Schau lieferte auf dem Plane ist und seine Aufgabe zu erfüllen vermag.

Veranstaltungen.

Indianerfest. Heimatlieder von Sozial, Söder und Kromer werden heute abend im Stadthaus von dem besten Bekannten Schwäbischen Gesangschor aus Stuttgart der Besuchen des Gartens zu Gehör gebracht werden. Am nächsten Rahmen bewegen sich die von dem Dirigenten der Kapelle des Musikvereins Harmonie Hugo Rudolph zusammengestellten auswärtigen Musikanten. Auch sie werden den Besuchern besondere Gemüte bieten. Man werde sich mit Eintrittskarten im Vorverkauf. — Das Konzert findet bei ungenügendem Wetter im großen Festsaal, bei günstigem Wetter im Stadthaus statt. Man solle sich daher nicht abhalten, den gemächten Abend zu besuchen.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 13. Aug. Friedrich Sotter von hier, Kaufm. hier, mit Minnie Kraus von Mannheim; Jakob Schäfer von Bensberg, Kaufm. hier, mit Luise Walz von hier; Frdh. Simon von Münster, Ban-... hier, mit Hedwig Michel von Metzheim; Wilhelm Mat von hier, Beamtengeh. hier, mit Roia Deschner von hier; Alfred Wabel von Rhina, Fab.-Arb. hier, mit Luise Morlok von Wiltzen; Oskar Düster von hier, Veri.-Beamter hier, mit Emma Kullmann von Waldorf; Pfit. Edermann von hier, Buchbinder und Prägmacher hier, mit Magdalena Böckig von Stadthofen; Dr. Josef Schulte von Münster, Chemiker in Bomsburg, mit Margaretha Heil von Bruchsal.

Todesfälle. 13. Aug.: Friederich Rudmann, alt 69 Jahre, Ehefrau von Heinrich Rudmann, Schind-... hier, alt 16 Jahre, Bader Karl Rudmann, alt 70 Jahre, Schöffer. — 14. Aug.: alt 77 Jahre, Schöfferlehl, 17 Jahre; Kath. Schaller, alt 77 Jahre, Ehefrau von Gustav Schaller, Schmidt; Barbara Schuler, alt 73 Jahre, Witwe von Karl Schuler, Schutmann; Wilhelmine Keller, alt 68 Jahre, Witwe von Frdh. Keller, Wagner; Sofie Dohrer, alt 86 Jahre, Witwe von Frdh. Dohrer, ledig, alt 65 Jahre, Meißner; Anna Schömann, Frdh., ledig, alt 65 Jahre, Weidmannsweiser und Trauerhaus erwachsener Personen. Dienstag, den 16. August, 1/2 Uhr: Wilhelmine Keller, Wagners-Witwe, Schöfferlehl, 28. — 3 Uhr: Bernhard Rofez, Metzgermeister, Wagners-... 58. — 1/2 Uhr: Marie Krum, Schöfferlehl, 52. — Sofie Dohrer, Dachdeckermeisters-... Witwe, Etkingerstraße 2.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren.)

Dienstag, den 16. August 1921.

Koncerthaus. Das Hollandweibchen. 7 Uhr. Stadthaus. Doppelkonzert. 8-11 Uhr. Weltpanorama. Die Afrika. Reichens-Lichtspiele. Der Humme Simon.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Wirkung der Sanktionen.

(Von unserem Handelskorrespondenten).

Um einen Überblick über die bisherigen Wirkungen der durch die Entente im Verlauf der Sanktionen und des Ultimatum veranlaßten Maßnahmen zu gewinnen, hat der Verband schifflicher Industrieller eine Umfrage bei einer größeren Anzahl am Export hauptsächlich interessierter Firmen sowie den entsprechenden Fachverbänden veranstaltet, durch die die Vermutung bestätigt wurde, daß durch die verschiedene Stellungnahme der Entente-Regierungen zu der Sanktions-Befehlsgebung Unklarheiten und Verwirrungen in den Außenhandel gekommen sind, die für die feindlichen Kundenländer mindestens ebenso schädlich gewesen sein dürften, wie für Deutschland. Auch durch die Annahme des Ultimatum ist bisher die gewünschte Klarheit noch nicht geschaffen worden, da zunächst ausschließlich England zweifelsfrei erklärt hat, daß es die Zahlung auf Reparationskonto anrechnen wird. Wenn auch die 50 %ige und später die 26 %ige Abgabe in England anfangs sehr störend auf den Verkehr gewirkt hat, so scheint die regelmäßige Ausstellung der Duitungen und die sofortige Bezahlung der einbehaltenen Beträge durch die deutsche Regierung nachträglich beruhigt zu haben. Die sofortige Befähigung durch die deutsche Regierung wird vorerst allgemein als im Interesse der deutschen Wirtschaft liegend, anerkannt. Eine Unklarheit scheint in England insofern zu bestehen, als in einzelnen Fällen auch die Abgabe vom Transit erhoben wird und zwar auch dann, wenn die Ware ausdrücklich als Durchfuhrware bezeichnet worden ist und nach anderen Ländern geht, die die Einbehaltung der Abgabe abgelehnt haben wie z. B. Süd-Afrika. Jedoch scheint diese Einbehaltung der 26 % auf Transitware nicht generell durchgeführt, vielmehr ist es möglich, daß wir hierbei auf irrtümliche Maßnahmen englischer Regierungsbehörden stoßen. Es ist eben auch in England infolge der zahlreichen Verfügungen eine Verwirrung entstanden, der die Beamten nicht ohne weiteres Herr werden können.

Sehr empfindlich hat die Ausfuhr nach Frankreich unter der Unsicherheit der französischen Politik gelitten, besonders unter dem Umstand, daß Frankreich sich noch nicht verpflichtet, die einbehaltenen Beträge auf Reparationskonto gutzuschreiben, sowie dadurch, daß es zunächst mit dem Erlaß von Ausführungsbestimmungen zögerte.

Es scheint wiederholt vorgekommen zu sein, daß französische Kunden, die infolge der Unsicherheit der Lage zunächst nur 50% dem deutschen Lieferanten bezahlt haben, nunmehr auch den Rest ihnen überwiesen. Die Unhaltbarkeit dieser Zustände leuchtet ein. Es ist undenkbar, daß ein internationaler Verkehr wieder entsteht, wenn man bei Regierungen wie der französischen, vor den unglücklichsten willkürlichen Eingriffen in den Privatverkehr nicht sicher ist.

Belgien hat bisher noch jede Beteiligung an den Sanktionen oder der ultimativen Abgabe praktisch abgelehnt. Es scheinen jedoch in einzelnen Fällen andere Bevorzugungen des belgischen Handels bei der Einfuhr deutscher Waren vorgekommen zu sein, wegen der sich der Verband schifflicher Industrieller sofort mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt hat.

Der Handel mit Jugoslawien und Rumänien lag in letzter Zeit ohnehin wegen der politischen Verhältnisse auf dem Balkan noch darnieder, infolgedessen richtete die Sanktionsbefehlsgebung in diesen Staaten verhältnismäßig wenig Schaden an, zumal die exportierenden Firmen bei dem Verkehr mit dem Balkan auf Vorauszahlung haben und außerdem auch die Sanktionsbefehlsgebung zahlreiche Ausnahmen zuließ. Sehr viel empfindlicher machten sich die auf dem Balkan üblichen schlechten Handelsverhältnisse geltend. Der Verbraucher wie der Importeur in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien ließ sich verhältnismäßig deutsche Waren gegen teilweise Vorauszahlung zufinden, nahm sie dann jedoch nicht ab, in der bestimmten Erwartung, daß der deutsche Lieferant starke Preisnachlässe zubilligen würde, eine Erwartung

in der er zumeist nicht getäuscht wurde, da der Lieferant das Risiko eines Rücktransportes letzten Endes nicht übernehmen konnte.

Eine Aufhebung der Kontrolle fand namentlich für die Stoffhandelsbranche statt. Auch Bürsten und Pinsel sollten kontrolliert werden auf Grund eines gemeinsamen Antrages der im Außenhandelsausschuß vertretenen Interessenten. Der Abbau mußte hier jedoch, da ein Einvernehmen mit der Sanktionskommission nicht erzielt werden konnte, eingestellt werden.

Der allgemeine Eindruck von den bisher sich geltend machenden Folgen der Exekutiv-Maßnahmen der Entente ist der, daß allenthalben eine Verwirrung Platz gegriffen hat, die sich für den Kunden mindestens ebenso sehr schädlich erwies, wie für den Lieferanten und erneut zu der Erkenntnis führt, daß unsere Volkswirtschaft auch für Reparationszahlungen nicht leistungsfähig werden kann, wenn sie nicht eine Sicherheit dafür hat, daß sie nicht durch Willkürakte der Entente fortgesetzt gefordert wird.

Der Stand der Welttonnage.

	Ende Juni 1921	Ende Juni 1920	Zuwachs:
Gesamttonnage:	42 514 000 t	54 217 000 t	11 703 000 t
davon:			
Amerika	1 837 000 t	12 314 000 t	10 477 000 t (od. 570 %)
England und (England und Dominions)	† 19 000 000 t	† 19 500 000 t	411 000 t
Japan	† 20 000 000 t	† 21 000 000 t	† 1 000 000 t
Frankreich	1 642 000 t	3 063 000 t	1 421 000 t
Holland	1 918 000 t	3 046 000 t	1 028 000 t
Italien	1 471 000 t	2 207 000 t	736 000 t
Oesterreich-Ungarn:	1 428 000 t	2 378 000 t	950 000 t
Deutschland	† 5 000 000 t	† 650 000 t	—
Oesterreich-Ungarn:	† 1 000 000 t	—	—

Die mit einem † bezeichneten Zahlen geben nur ungefähre Angaben.

Der Preissturz in Amerika.

Das statistische Büro des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten veröffentlicht die folgende Uebersicht über die Indexzahlen für die Kosten der Lebenshaltung im Monat Juni 1920 und 1921, verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 1913, der jeweils mit 100 gewertet ist.

	Juni 1920	Juni 1921	Abnahme im letzten Jahr
Bodenerzeugnisse	243	113	53,5%
Lebensmittel etc.	279	132	52,7%
Kleidung	335	180	46,3%
Beheizung und Beleuchtung	246	137	44,0%
Metalle und Metallwaren	190	132	30,5%
Baumaterial	337	202	40,0%
Chem. u. pharmazeut. Artikel	218	166	23,8%
Hausrat	362	250	30,9%
Kleinere Bedarfsartikel	247	150	39,3%
Gebrauchsartikel insgesamt	269	148	45,0%

Börse—Handel—Industrie—Gewerbe.

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 15. Aug. Die Börse bleibt weiter fest. Die Umsatztätigkeit nimmt zu. Die Abschwächung der Mark wird als ein für Deutschland ungünstiges Zeichen in der ober-schlesischen Entscheidung aufgefaßt. Das hauptsächlichste Interesse richtete sich bei Beginn des heutigen Börsenverkehrs auf den Markt der Industriekarten, auf dem großen Käufe für ausländische Rechnung in einzelnen Werten zur Ausführung gelangten, die zu stärkeren Kurssteigerungen führten. In erster Linie zeigten sich chemische Aktien begehrt. Höher waren Scheideanstalt, Rütgerswerke, Elberfelder Farben und Weiler Ter Meer, viel gesucht Akkumulatoren und Bergmann. Lahmeyer zogen an. Auch A.E.G. und Siemens & Halske wesentlich höher. Kali Aschersleben gewannen 10 Proz. Caro setzten mit 350 10 Proz. höher ein. Laurahütte 404, Harpener 735 bis 5 Proz. gebessert. Adlerwerke Kleyer bei erster Notiz 7, Daimler mit 550 bis 5 Proz. gebessert. Viel gesucht Hirsch-Kupfer. Es fanden ferner große Beachtung Pinsel-fabrik Nürnberg, Neckarsulmer Fahrzeuge, Schuhfabrik Herz, Pfälzische Pulverfabrik und Celluloid

Wacker. Im freien Verkehr Deutsches Petroleum 910—925—915, Rastatter Waggon 455—450, Chemische Rhenania 590—600—585. Im weiteren Verlaufe und zum Schluß machte die feste Haltung Fortschritte. Viele Papiere schlossen zum höchsten Tageskurs. Elberfelder Farben 440 rationiert, Deutsch-Luxemburg 475, plus 11 Proz. Phönix stiegen auf 1070, Scheideanstalt auf 756, Bochumer 650, plus 40 Proz. Zuckerfabrik Heilbronn, Preßhele Bast, Chemische Goldberg sehr fest. Privatdiskont 3 1/2 Proz.

w. Frankfurt a. M., 15. Aug. (Eig. Drahtbericht). Abendbörse.

Devisen: Brüssel 652 1/2, Holland 2700, London 380, Paris 666, Schweiz 1460, Neuyork 86 1/2. Tendenz: fest.

Effekten: Schuhf. Herz. Tendenz fest.

Berliner Börse.

w. Berlin, 15. Aug. Der heutige Börsenverlauf stellte hinsichtlich des Kaufandranges des Publikums, des Umfangs des Geschäftes und des Ausmaßes der Kurssteigerungen alles bisher an der Börse dagewesene in den Schatten. Neben der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist vor allem die sich fortsetzende Entwertung der Mark die Triebfeder der anhaltenden Kurssteigerung fast aller Aktienwerte. Im Großverkehr zog sich die Feststellung der Anfangskurse wegen des enormen Umfangs der Aufträge bis gegen 1 Uhr hinaus. Für die zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte ist der Kaufandrang bei den Banken so stark, daß ein großer Teil der Aufträge überhaupt nicht ausgeführt werden kann, wofür Stöße unerledigter Börsendepeschen zeugen. Die Kursfestsetzung zog sich bei erneut starken Steigerungen wieder sehr erheblich in die Länge. Im Großverkehr betragen die Erhöhungen für rheinisch-westfälische Montanwerte 10 bis 40 Proz., für Mannesmann über 80 Proz., für chemische Werte 10 bis 25 Proz., für Elektrizitätsaktien und andere Industriewerte 10 bis 20 Proz. Oberschlesische Montanwerte verzeichneten gleichfalls starke Kursbesserungen. Auch Valtapapiere wie Mexikaner, amerikanische Bahnen und Kolonialaktien waren stärker in den Kreis der Aufwärtsbewegung mit einbezogen. Am Schiffahrts-, Banken- und Rentenmarkt war das Geschäft ungleich stiller bei entsprechend geringeren Kursveränderungen. Das lebhafteste Hausstreben hielt bei weiter steigenden Kursen im Verlaufe der Börse an. Am Devisenmarkt traten erneut starke Erhöhungen ein.

Tiefstand der deutschen Mark in Amerika.

t. Berlin, 15. Aug. An der letzten Börse in Neuyork vom vorigen Samstag ist der Markkurs, der sich am Freitag auf nur etwa 1,21 belaufen hatte, auf 1,16 zurückgegangen. Dieser neuerliche Kurssturz bringt den Markkurs in bedenkliche Nähe zu dem tiefsten Stand, den die Mark jemals in Amerika gehabt hat. Allem Anschein nach ist der fortschreitende Rückgang der Mark zum erheblichen Teil auf die pessimistische Stimmung infolge der inländischen Valutaspekulation zurückzuführen, die seit einiger Zeit kein starkes Gegengewicht in den früher so erheblichen Käufen des Auslandes in deutscher Mark findet.

Eine internationale Konferenz zur Festigung der Kurse.

Washington, 15. Aug. Reuter meldet: Beamte des Schatzamtes ziehen die Einberufung eines internationalen Kongresses von Finanzleuten in Erwägung, der, wenn möglich, mit der Abrüstungskonferenz zusammenfallen und die Befestigung des Wechselkurses zum Gegenstand haben soll.

Eine englische Mahnung zur Festigung der Mark.

Die „Times“ schreibt zu dem erneuten Fallen der Mark, eine Erklärung für den augenblicklichen Tiefstand der Mark sei wahrscheinlich in den Reparationszahlungen zu suchen. Wie bekannt, müsse Deutschland innerhalb des nächsten Monats der Reparationskommission Zahlungen leisten. Die Tatsache habe zu Spekulationen in Mark ermutigt. Es sei nötig, um die Wirkung der Reparationszahlungen auf die Währung zu verhindern, daß von Zeit zu Zeit Vorkehrungen getroffen werden, um Deutschland mit dem nötigen Kredit zu

versehen, damit dieses Land mehr Zeit erhalte, um Devisen zu erwerben, in denen die Bezahlung durch die Reparationskommission gefordert werde. Die bezügliche Vorkehrungen seien bereits einmal getroffen worden. Auch für den augenblicklichen Stand seien Vorschläge für die Ausbesserung der Kredite für Deutschland gefordert worden. Die Verhandlungen darüber seien jedoch noch nicht beendet. Die „Times“ erklärt ferner, solange Deutschland ein Budgetdefizit habe, solange es gewungen sei, die Notenpresse in Anspruch zu nehmen und solange es seine weiteren Reparationszahlungen nicht durch Steuern decken könne, müsse die Mark weiter entwertet werden.

Markte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amlt. Bericht vom 15. Aug. Es wurde bezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchstens Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 600—650 Mk.; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 550—600 Mk.; junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 500—550 Mk.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchstens Schlachtwertes 500—550 Mk.; vollfleischige, jüngere 450—500 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 400—450 Mk.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete, Färsen höchstens Schlachtwertes 600—650 Mk.; gut entwickelte Färsen 550—600 Mk.; mäßig genährte Färsen 500—550 Mk.; gering genährte Kühe 300 bis 350 Mk.

Kälber, geringere Mast- und gute Saugkälber 700 Mk.; geringere Saugkälber 650 Mk. Stallmastschafe, ältere Masthammel, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 350 Mark.

Schweine, vollfleischige von 120—150 Kilo Lebendgewicht 1300 Mk.; vollfleischige von 100—120 Kilo Lebendgewicht 1250 Mk.; vollfleischige von 80—100 Kilo Lebendgewicht 1200 Mk.; vollfleischige unter 80 Kilo Lebendgewicht 1150 Mk.; Sauen 1100 Mark.

Zufuhr: 179 Stück. Ochsen 28, Bullen 36, Kühe 10, Färsen 61, Kälber 16, Stallmastschafe 1, Schweine 27 Stück. Der Markt wurde nicht geräumt.

Tendenz: langsam.

Unnotierte Werte:

Wir sind freibleibend	Käufer	Verkäufer
Benz	240	245
Benz, junge	235	240
Brown Boveri, junge	210	220
Daimler junge	255	265
Fahr, Gebr.	510	525
Halbach Maschinen	315	325
Hansa Lloyd	150	160
Heidburg Vorzugs-Aktien	320	330
Knorr Heilbronn	405	415
Meyer Kaufmann	390	400
Mansfelder Kuxe	5900	6000
Neckarsulmer Fahrzeug	455	465
Rastatter Waggon	455	465
Rhenania Chem.	555	565
Rodi & Wienberger	230	240
Ronnenberg Kali	405	415
Union Bauverein	265	275
Wolf, Buckau	430	440

5 % Badenwerk	114 1/2	115
6 % A. E. G. Vorzugs-Aktien	113	114
5 % A. E. G. Vorzugs-Aktien	113	114
6 % Rhein. Elektr. Vorz.-Aktien	111 1/2	109
6 % Fuchs Waggon	108	110
6 % Zellstoff Waldhof	109	110
6 % Brown Boveri	105	106
7 % Leonhard Tietz	107	109

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets kulant Käufer und Verkäufer und erbitten Anfrage.

Baer & Elend

Bankgeschäft, KARLSRUHE, Karlsruherstr. 26
Telephon 223 und 235.

Frankfurter Kursnotierungen:

	15. Aug.	12. Aug.
Badische Bank	361	361
Darmstädter Bank	170	170
Deutsche Bank	249	249
Disconto-Commandit	222	217
Dresdener Bank	165	164 50
Mittel. Creditbank	74	73
Oesterr. Länderbank	158	158
Pfälzische Bank	170 50	169 50
Rheinl. Creditbank	203	203
Sind. Diskonto-Ges.	37	36
Wiener Bankverein	289	289
Wirtsh. Notenbank	—	—
Ottomanbank	650	610
Bochumer Gußstahl	506	490 94
Gelsenkirchen	735	730
Harpener	404	404
Laurahütte	59 50	59 25
Aschaff. Zellstoff	380	374 50
Gran & Billinger	464	458 50
Zementw. Heidelberg	500	493
Bad. Anilin	755	750
Scheideanstalt	420	400
Höchster Farben	—	—
Chem. Fabr. Mannheim	—	—
Deutsch. Gebrüder	269	264
Elektr. Licht u. Kraft	345	337 75
Gebr. Junghans	—	—
Adler & Oppenheimer	—	—
M. Masch. Badenia	—	—
Maschfabr. Durlich	610	570
Maschfabr. Grützer	620	605
Hald & Neu	470	445
Maschfabr. Karlsruhe	755	730
Oberursel	555	—
Schliack & Co.	—	—
Schuhfabrik Herz	—	—
Elkasser Baumwolle	—	308 75
Spinnerei Ettlingen	—	—
Uhlenfabr. Furtwäng	383 50	435
Waggon-Fabrik Fuchs	570	550
Zellstoff Waldhof	460	460
Zuckerfabr. Waghäusel	—	—
Zuckerfabr. Frankenthal	—	—
Benz Motoren	—	241
Mannh. Versch.-Ges.	—	—

Wertpapier- und Devisenmarkt

Berliner Kursnotierungen:

	15. Aug.	12. Aug.
Industrie-Papiere		
Sinier Brauerei	541	541
Akkumulatoren	724	700
Adlerwerke	—	295 50
Alexanderwerke	410	335
A. E. G.	369 75	352
Aluminium	—	—
Anglo Continental	511	470
Anglo-Nürnberg	765	809 1/2
Badische Anilin	375	350
Bergmann Elektrizität	375	350
Berl. Anh. Maschinen	375	350
Berliner Maschinen	679	674
Bismarkhütte	380	379
Bing Nürnberg	635	610
Bismarkhütte	380	379
Bismarkhütte	380	379
Bochumer Guß	635	610
Gebrüder Böhrer	—	550
Brown-Boveri	—	550
Baderus Eisen	660	630
Chem. Gröden	—	360
Chem. Albert	700	677
Daimler Motoren	255	250
Dessauer Gas	340	335
Deutsch-Luxemburg	499	460
D. Uebersee-Elekt.	—	340
D. Eisenbahn S. W.	950	875
Deutscher Erdöl	—	—
Deutscher Gas	—	—
Deutsches Kali	437 50	—
Deutsche Waffen	655	695
Deutsche Eisenh.	383	389 25
Dynamit Trust	363	358
Elberfelder Farben	450	—
Eschweiler Bergwerke	520	485
Feldmühle Papier	505	—
Felsen & Guilleaume	—	503 50
Filter Brautechnik	645	640
Gasgenau	805	800
Gasmotoren Deuts.	400	388
Geisenkirchen	524	494 75
Genschow	—	470
Goldschmidt	760	750
Grüner Maschinen	615	610
Hannover Maschinen	1240	1340
Hansover Waggon	639	610
Harpener	728	436

Devisennotierungen:

	15. Aug.	12. Aug.
Antwerpen-Brüssel	649 30	650 70
Brüssel	2654 80	2650 20
London	312 10	312 90
Paris	643 80	645 20
Schweiz	1438 50	1441 50
Spanien	1101 40	1103 60
Italien	373 10	373 90
Dänemark	1351 10	1353 90
Norwegen	1105 40	1108 60
Schweden	1795 70	1799 30
Helsingfors	—	—
Newyork	84 91	85 09
Wien (alt.)	10 48	10 52
Deutsch-Oesterr.	—	10 28
Budapest	22 67	22 73
Prag	102 15	102 35

Devisenkurse im Freiverkehr:

	15. Aug.	12. Aug.
Deutsch		